

Halûk Kabaalioğlu:*

Verehrte Gäste! Zum vierten Podium der Konferenz begrüße ich Sie ganz herzlich und bedanke mich bei Ihnen für Ihr Interesse.

Auf dieser Sitzung werden die Redner sich auf den Beitrittsprozess der Türkei zur Europäischen Union, d.h. auf deren Aussichten, beidseitige Erwartungen sowie zu bewältigende Hindernisse – unter besonderer Mitberücksichtigung der Zypernfrage – beziehen.

Bevor ich die sehr verehrten Redner vorstelle, möchte ich zunächst auf zwei Punkte hinweisen.

Ursprünglich war geplant, wie Sie dem Konferenzprogramm entnehmen können, dass Herr Dr. Arnold Hornfeld die Leitung dieses Podiums übernimmt. Vor zwei Tagen ist jedoch seine Schwester verstorben, weshalb er nun bedauerlicherweise nicht nach Bremen kommen konnte. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal Herrn Dr. Hornfeld stellvertretend im Namen aller – ganz aufrichtiges Beileid aussprechen. Herr Hornfeld wurde in Istanbul geboren und ist heute eine führende Persönlichkeit in den türkischen sowie europäischen Industrie- und Handelskreisen. Er war und ist noch immer in Spitzenpositionen international renommierter Unternehmen wie Siemens oder Volkswagen tätig. Als Verantwortlicher für Auslandsangelegenheiten bei der Vereinigung türkischer Industrieller und Arbeitgeber (TÜSIAD) wirkt er nach wie vor am Prozess des türkischen EU-Beitritts mit. Ohne Zweifel wäre seine Teilnahme an dieser Konferenz sehr bereichernd für uns gewesen. Ich versuche nun durch die Übernahme der Podiumsleitung seine Abwesenheit soweit wie möglich auszugleichen.

Als weiteren Punkt möchte ich darauf hinweisen, dass sich das sehr verehrte Publikum zu gleichen Teilen aus deutschen wie türkischen Gästen zusammensetzt. Besonders dankbar bin ich für die Teilnahme der deutschen Hörerschaft, da ich darin einen Ausdruck von Solidarität mit der Türkei sehe; einem Land, aus dem Millionen von Menschen mittlerweile ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil der deutschen Gesellschaft geworden sind. Kurz vor Be-

* Transkript

ginn des Podiums habe ich ein Gespräch mit einer deutschen Lehrerin führen können und nutzte die Gelegenheit, sie nach dem Grund ihres Kommens zu fragen. Die Antwort möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Sie lautete wie folgt: „Türkische Schülerinnen und Schüler gehören seit langem zum deutschen Schulalltag. Um sie besser zu verstehen und ihnen helfen zu können, beschäftige ich mich seit Jahren mit der Türkei in geschichtlicher wie kultureller Hinsicht. Das erleichtert mir gleichzeitig die Kontaktaufnahme mit ihren Eltern. Im Laufe der Zeit wurde mir klar, dass es zwischen dem EU-Beitritt der Türkei und der Integration der türkischstämmigen Gemeinschaft hier in Deutschland enge Zusammenhänge gibt. Ich meine damit zum Beispiel die Übernahme der europäischen Werte wie Demokratie, Menschenrechte oder die Gleichberechtigung der Frauen. Mit meinen Kollegen darüber zu sprechen, fällt mir schwer, denn die Auffassung, die Türkei würde in keinerlei Hinsicht zu Europa gehören, ist doch leider sehr weit verbreitet. Veranstaltungen wie diese bieten deshalb eine interessante Plattform, Menschen mit ähnlichen Ansichten zu treffen und sich über diese Problematik auszutauschen und Anregungen darüber zu erhalten, wie sich eine sinnvolle Diskussion im Alltag fortsetzen lassen kann. Das Thema ist einfach zu wichtig, und auch deshalb bin ich heute hier.“ Daran wird tatsächlich sehr deutlich, wie wichtig solche Konferenzen, Seminare aber auch Tagungen für die Aufklärung der europäischen Öffentlichkeit sind und aus welcher Notwendigkeit heraus sich unter anderem auch unsere aktuelle Veranstaltung hier in Bremen begründen lässt.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen jetzt die drei Redner des Podiums vorstellen: Zunächst ergreift Herr Prof. Dr. Hakkı Keskin das Wort. Er ist Politikwissenschaftler und gleichzeitig Mitglied des deutschen Bundestages. Nach ihm wird Herr Dr. Hansjörg Brey zu uns sprechen. Er ist Direktor der Südosteuropa-Gesellschaft in München. Zuletzt beehrt uns Herr Prof. Dr. Şükrü Sina Gürel. Er ist ebenfalls Politikwissenschaftler. Als Mitglied des türkischen Parlaments war er unter anderem als Staatsminister verantwortlich für EU- und Zypernfragen. Außerdem stellte er den Außenminister der 54. und 55. türkischen Regierung.

Nun aber möchte ich das Wort Herrn Prof. Dr. Hakkı Keskin überlassen, der über die aktuellen Entwicklungen der türkisch-deutschen Beziehungen berichten wird.

Hakkı Keskin: Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie ganz herzlich und möchte mich gleichzeitig bei denjenigen bedanken, die diese Konferenz in Bremen organisiert haben. In meinem Vortrag beziehe ich mich auf die EU-Türkei Beziehungen. Dabei werde ich mich im Wesentlichen auf meine Ausführungen aus meiner Veröffentlichung im Jahr 2009 beziehen.*

Eine unendliche Geschichte:

Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Geradezu exemplarisch für das ambivalente Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei ist die seit Jahren unter deutschen Politikern, Wissenschaftlern und in den Medien kontrovers geführte Diskussion über die EU-Mitgliedschaft der Türkei. Der schwierige Integrationsprozess der Türkei in die europäische Staatengemeinschaft weist in vielfältiger Weise Parallelen zur Integration der Türken in die deutsche Gesellschaft auf und verdient auch vor diesem Hintergrund eine besondere Beachtung.

Keines der heutigen Mitglieder der EU hatte bislang einen so langen Prozess vor der eigentlichen Mitgliedschaft zu durchlaufen wie die Türkei. Bereits am 31. Juli 1959 hatte sich die Türkei um Mitgliedschaft in der damaligen „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) beworben. Am 12. September 1963 wurde das „Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Türkei“ in Ankara unterzeichnet.

* Keskin, Hakkı (2009): Eine unendliche Geschichte. Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, in: Deutsch-Türkische Perspektiven, Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag.

Die Rede des Präsidenten der damaligen EWG-Kommission, Walter Hallstein (CDU), bei diesem Festakt verdient gerade heute Beachtung: „Wir sind heute Zeugen eines Ereignisses von großer politischer Bedeutung. Die Türkei gehört zu Europa. Das Ereignis hat seinesgleichen in der Geschichte der Ausstrahlungen europäische Kultur und Politik, ja wir fühlen hier eine Wesensverwandtschaft mit dem modernsten europäischen Geschehen: der europäischen Einigung. (...) Und eines Tages soll der letzte Schritt vollzogen werden: die Türkei soll vollberechtigtes Mitglied der Gemeinschaft sein.“¹ Interessanterweise betont Hallstein an drei Stellen dieser Rede, dass die Türkei zu Europa gehöre, als ahnte er bereits damals, dass dieses Thema nach 41 Jahren Gegenstand von Diskussionen sein würde.

Am 23. November 1970 wurde zwischen der EWG und der Türkei ein Zusatzprotokoll unterzeichnet, welches die Mitgliedschaft der Türkei in der EWG vorsah. Als nach vielen Jahrzehnten am 1. Januar 1996 die Türkei zumindest in die Zollunion der EU aufgenommen wurde, symbolisierte dies für die türkische Bevölkerung in der Türkei und in Deutschland einen weitreichenden Schritt hin zu einer Vollmitgliedschaft in der EU. Vier Jahre später, am 9. Dezember 1999, gaben dann auch die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten in Helsinki der Türkei den Status des Beitrittskandidaten.

Während im Zuge der Osterweiterung zehn weitere Länder und darüber hinaus im Jahr 2007 auch noch Bulgarien und Rumänien als Vollmitglied aufgenommen wurden, harrt die Türkei immer noch draußen vor der europäischen Tür auf Einlass. Obwohl am 4. Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen wurden, reißen die negativen Diskussionen nicht ab. Manche führende EU-Politiker, allen voran deutsche und französische Konservative, nehmen gar weiterhin eine ablehnende Haltung gegenüber der Türkei ein. Sie sprechen von „ergebnisoffenen“ Verhandlungen – und meinen damit, dass man

¹ Hallstein, Walther: Rede zum EWG-Assoziierungsabkommen mit der Türkei, in: Regierung online, unter <http://www.bundesregierung.de/artikel,413.729538/Rede-von-Walter-Hallstein-zum-.htm>.

sich selbst dann das Recht vorbehalten will, eine Aufnahme der Türkei in die EU abzulehnen, wenn diese alle erforderlichen Beitrittsbedingungen erfüllt. Solche „ergebnisoffenen Verhandlungen“ hat es bislang mit keinem anderen Kandidaten gegeben. Auch die von den Unionsparteien vorgeschlagene „privilegierte Partnerschaft“ wurde noch nie auch nur in Erwägung gezogen und läuft somit faktisch auf eine Diskriminierung der Türkei gegenüber allen bereits EU-Mitglied gewordenen und noch werdenden Staaten hinaus.

Auf Initiative des hartnäckigsten Gegners des EU-Beitritts der Türkei, des französischen Staatspräsidenten Sarkozy und seiner Partei wurde im Sommer 2008 ein Gesetzesantrag im französischen Parlament verabschiedet und dem Senat vorgelegt. Zukünftig soll per Referendum über den Beitritt weiterer EU-Kandidaten entschieden werden, wenn deren Bevölkerungsanteil mehr als fünf Prozent der EU-Bevölkerung ausmacht. In diesem Antrag wird die Türkei zwar namentlich nicht genannt, aber sie ist in der momentanen Erweiterungsliste der EU der einzige Beitrittskandidat, auf den dieses Referendum angewandt werden soll.

Die öffentliche Diskussion dieser Positionen, die sich dahinter verbergenden Klischees, Vorbehalte und Vorurteile werden von den in Deutschland lebenden Bürgern türkischer Herkunft sehr genau verfolgt. Viele empfinden die Art und Weise, wie mit der Türkei auf internationaler Ebene und auch von Seiten mancher deutscher Politiker umgegangen wird, als Zurücksetzung. Sie haben das Gefühl, man respektiere die Türkei und die Türken nicht als gleichberechtigt. Sie fühlen sich und ihre Landsleute nicht als ebenbürtige Partner behandelt, deren Beitrag zur EU als wertvoll und erwünscht erachtet wird.

Der Umgang deutscher Politiker mit dieser primär außenpolitisch anmutenden Frage, hat aber nicht zu unterschätzende innenpolitische Wirkung. Die EU-Beitrittsdebatte beeinflusst die allgemeine Stimmungslage unter den Deutsch-Türken ganz erheblich. Die jüngsten Versuche, der CDU, verstärkt türkei-stämmige Deutsche zu umwerben, werden sich deshalb nicht nur innenpolitisch am Fortschritt der Integrationsbemühungen

messen lassen müssen, sondern auch an der Position der Parteien zur Frage der Integration der Türkei in die EU.

Die immer wieder von den Gegnern einer EU-Mitgliedschaft der Türkei vorgebrachten Argumente stellen eine diffuse Sammlung unterschiedlichster Vorbehalte und Standpunkte dar. Im folgenden Kapitel werden diese Positionen kritisch beleuchtet und mit sachlichen Informationen angereichert. Dadurch soll zu einem besseren Verständnis der Türkei und der Deutsch-Türken beigetragen werden.

Europa und der Islam

Vorrangig die Parteien Deutschlands, die ein „C“ für „christlich“ in ihrem Namen führen, versuchen mit Unterstützung von Teilen der Kirchen ganz entschieden zu verhindern, dass die Türkei mit ihrer mehrheitlich islamischen Bevölkerung EU-Mitglied wird. Sie wollen die EU als christliche Gemeinschaft sehen und erhalten.

Europa ist aber kein Christenclub – diese pointierte Feststellung stammt von unserem ehemalige Bundespräsidenten Roman Herzog. Dieser schrieb noch während seiner Amtszeit an den türkischen Staatspräsidenten Demirel: „Die Türkei gehört zu Europa. Wir stehen fest auf dem Boden des Assoziationsabkommens von 1963, einschließlich seiner Beitrittsperspektive. Das ist fester Bestandteil der deutschen Politik. Europa ist kein christlicher Klub“.²

Das religiös-kulturelle Element in den Diskussionen um die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nimmt im Zuge der Islamismus-Debatten leider immer mehr Raum ein. Die Angst vor der vermeintlichen Bedrohung der europäischen christlichen Wertegemeinschaft durch den Islam negiert jedoch die bereits vollzogene Realität: Die Staaten der EU sind längst faktisch unumkehrbar multikulturell, multiethnisch und multireligiös. Exakte Zahlen über die Anzahl der Menschen muslimischen Glaubens in der EU existieren nicht, da sie in den meisten Ländern nicht statistisch erfasst werden. Schätzungen schwanken zwischen fünfzehn und zwanzig Millionen Menschen.³ Besonders hoch ist ihr

² Herzog, R., zitiert nach: Theo Sommer, Die Zeit, 14.03.1997.

³ „15 Millionen Muslime leben in der EU“, Tagesspiegel, 15.07.2005; Wikipedia: 20

Anteil in Frankreich, Deutschland, Österreich und in den Niederlanden. Wollte man diese Menschen als nicht EU-fähig ausgrenzen, so würde das rein rechnerisch bei fünfzehn Millionen Muslimen einem Ausschluss von Ländern mit der Bevölkerungszahl von beispielsweise den Niederlanden oder von Portugal und Belgien zusammen entsprechen. Von den EU-Muslimen sind mehr als vier Millionen türkeistämmig, davon leben allein in der Bundesrepublik Deutschland über 2,7 Millionen.

Nicht nur die heutige EU ist eine Gemeinschaft der kulturellen, sprachlichen und religiösen Vielfalt und kein reiner Christenclub. Europa war im Laufe seiner wechselvollen Geschichte nie eine auf das christliche Abendland beschränkte Region. Jahrhunderte lang – und es waren nicht zuletzt Epochen, in denen Europa auch eine Blütezeit von Wissenschaft und Kultur erleben durfte – waren weite Teile Europas geprägt von einer lebendigen islamischen und jüdischen Kultur. Diese historischen Wurzeln der europäischen Gemeinschaft sollten nicht verleugnet, sondern ins Bewusstsein gerufen werden.

Eine EU-Mitgliedschaft darf nicht davon abhängig gemacht werden, dass künftige Bürger ihre islamisch geprägte Identität und Kultur oder ihre religiöse Überzeugung aufgeben müssen. Der bis Ende 2004 amtierende Ratspräsident der EU, der ehemalige niederländische Ministerpräsident Jan Peter, betonte Ende 2004 in einer Rede vor dem Europäischen Parlament, dass es nicht zu den gemeinsamen europäischen Werten passe, „Barrieren gegen irgendeine Religion aufzubauen. Wir dürfen uns nicht von Ängsten leiten lassen.“⁴

Die EU, die heute aus 27 Mitgliedstaaten besteht, darf und kann in einer Epoche der Globalisierung der Welt nicht allein auf Werte christlicher Religion und der darauf basierenden Kultur reduziert werden. Die EU ist ein globales, zukunftsgerichtetes Modell einer offenen und multikulturellen Gesellschaft. Ihr Vermögen, zu einem engen Dialog und Austausch mit anderen Religionen und Kulturen

Millionen Muslime leben in der EU, Juli 2007.

⁴ Yahoo Nachrichten Deutschland, zitiert nach: AP, 05.08.2004.

aktiv beizutragen, hat weltweiten Symbol- und Modellcharakter. In diesem Sinne ist die EU-Mitgliedschaft der laizistischen und demokratischen Türkei für einen Brückenschlag zwischen den Religionen und Kulturen bestens geeignet. Dieser Verantwortung müssen sich auch die deutschen Politiker stellen. Wer sich innerdeutsch für einen Dialog der Religionen einsetzt, Islamkonferenzen einberuft, permanent die Integration der Muslime in die deutsche Gesellschaft einfordert, der kann nicht auf europäischer Ebene einen Staat aufgrund der Religionszugehörigkeit seiner Bevölkerung ausschließen wollen.

Mesut Yilmaz, ehemaliger Ministerpräsident der Türkei, hält die Aufnahme der Türkei in die EU für einen wichtigen Schritt zur Aussöhnung des Westens mit dem Islam, der „den Muslimen auch das Gefühl geben würde, dass der Westen nicht nur auf seinen ökonomischen Vorteil bedacht ist, sondern die islamische Welt als Freund und Partner ansieht.“⁵

Die Angst vor der Einwanderung und den Kosten des Beitritts

Ähnlich wie in den innenpolitischen Arbeitsmarktdiskussionen wird die Drohkulisse und die Angst vor der angeblich von Migranten verursachten oder verstärkten Arbeitslosigkeit auch auf Europaebene propagiert. Mit völlig unbegründeten Fantasiiezahlen über eine Einwanderung von 10 bis 18 Millionen Menschen, die nach einem EU-Beitritt aus der Türkei in die EU abwandern würden, machte der Historiker Wehler den Menschen Angst. Dieses Drohszenario ist nicht selten auch von manchen Politikern zu hören, die damit Befürchtungen unter der von Arbeitslosigkeit ohnehin stark verunsicherten und verängstigten deutschen Bevölkerung verbreiten.

Prognosen wie diese sind jedoch durch die Erfahrungen mit den Beitritten Spaniens, Portugals und Griechenlands widerlegt. In den Jahren 1991 bis Anfang 2003 kam es im Saldo aus Zu- und Abwanderung nach und aus Deutschland gegenüber Griechenland zu einem Einwanderungsüberschuss von lediglich zirka 1.600 Personen, bei den Portugiesen waren es rund 37.000 Menschen, bei

⁵ Yilmaz, M., Vortrag in Istanbul, Juni 2003.

den Spaniern hingegen kam es zu einem Abwanderungsüberschuss aus Deutschland von zirka 190.000 Menschen.⁶ Mit anderen Worten: innerhalb von 12 Jahre wanderten aus diesen drei Ländern insgesamt knapp 15.000 Personen mehr aus Deutschland ab als zu.

Dies ist dadurch zu erklären, dass im Gefolge der EU-Mitgliedschaft in den neuen Mitgliedsstaaten stets viele neue Investitionen getätigt werden und zahlreiche Arbeitsplätze entstehen. Bei der Türkei ist dieser wirtschaftliche Aufschwung bereits in vollem Gange (siehe unten) und wird durch den Beitritt allen Expertenprognosen zufolge weiter voranschreiten. Dadurch wird auch der Migrationsdruck aus der Türkei in die EU und nach Deutschland ganz erheblich gemindert.

Als zusätzliche Sicherung der Interessen der bisherigen EU-Staaten werden die bereits im Jahr 2004 von den Staats- und Regierungschefs der EU beschlossenen längeren Übergangsfristen die Freizügigkeit der potentiellen türkischen Zuwanderer stark reglementieren. Und dies obwohl es gute Gründe für die Annahme gibt, dass diese Maßnahmen vermutlich überflüssig sind. Zum einen wirkt die in den EU-Staaten und in Deutschland andauernde hohe Arbeitslosigkeit auf viele Migranten und auch für die aus der Türkei eher abschreckend. Darüber hinaus zeigen bereits jetzt die aktuellen Einwanderungszahlen ein anderes Bild. Seit über zehn Jahren verzeichnen wir in Deutschland deutlich sinkende Zuwanderungszahlen. Betrug die Zahl im Jahr 1992 noch rund 1,5 Millionen, so war die Zahl der Zuwanderer im Jahr 2004 bereits auf 780.000 gesunken. Insgesamt kamen in den Jahren 1998 bis 2002 insgesamt nur sechs Prozent aller Zuwanderer nach Deutschland aus der Türkei. 2005 zogen 31.000 Türken nach Deutschland zu, 23.000 fort.⁷ Das ist gerade einmal ein Positiv-Saldo von gut 7.000 Menschen!

⁶ Zu den genannten Zahlen vgl. den Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin 2003, S. 110 und 112.

⁷ Ausländerzentralregister, Eckdaten zur ausländischen Bevölkerung in Deutschland, zitiert nach: <http://www.destatis.de>, sowie: Jahresgutachten 2004 des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration, S. 58, veröffentlicht unter <http://www.bamf.de>.

Mittelfristig wäre nach der Verbesserung der ökonomischen Lage in der Türkei sogar eine Rückwanderung der in den EU-Staaten lebenden Türken in die Türkei zu erwarten. Die Beispiele Italiens und Spaniens belegen diese Prognose.

Bezüglich der Kosten einer EU-Mitgliedschaft der Türkei kursieren die unterschiedlichsten und abenteuerlichsten Zahlen. Tatsächlich können die Kosten, die der EU im Falle einer Mitgliedschaft der Türkei entstehen würden, heute nur annähernd ermittelt werden. Dies hat vor allem damit zu tun, dass es für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei noch kein Datum gibt und es bis dahin insbesondere bei den Agrarsubventionen durchgreifende Veränderungen geben wird. Daher sind alle Modellrechnungen mit größter Vorsicht zu betrachten. Die EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer⁸ rechnete 2004 mit „Nettozahlungen an die Türkei von höchstens 10 bis 15 Milliarden Euro“, das Osteuropa-Institut München schätzte sie bei einem Beitritt der Türkei für 2013 auf „maximal 14 Milliarden Euro“⁹, die Deutsche Industrie- und Handelskammer zu Istanbul rechnete mit Kosten von „bestenfalls 8 Milliarden Euro“¹⁰, was in etwa dem Kostenniveau des Beitritts von Spanien entspräche. Eines lässt sich jedoch auch heute schon mit Sicherheit sagen: Die Horrorzahlen von angeblichen jährlichen 20 bis 40 Milliarden Euro¹¹ sind völlig willkürlich erfundene Phantasiezahlen. Diese Propaganda wird von Türkei-Gegnern ganz gezielt dafür eingesetzt, um die EU-Bürger zu verunsichern und ein negatives Klima gegen den Beitritt zu schaffen.

Wirtschaftliche Bedeutung der Türkei für Deutschland und EU

Auch das gern gezeichnete Bild von der wirtschaftlich rückständigen Türkei, die lediglich die EU-Kassen plündert, erweist sich als propagandistisches Zerrbild. Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei seit 2002 ist mit jährlichen Wachstumsraten

⁸ Vgl. das Interview mit dem Handelsblatts, 05.10.2004.

⁹ Quaisser, W.: Die Türkei in der Europäischen Union?, Das »Osteuropa-Institut München« 14.03.2004.

¹⁰ Hermann, R., Die türkische Wirtschaft macht sich fit für die EU, in: Die Türkei und Europa, hg.v. Leggewie, C., Frankfurt 2004, S. 130-131.

¹¹ Wehler, H.-U.: Die türkische Frage. Europas Bürger müssen entscheiden, in: Die Türkei und Europa, hg.v. Leggewie, C., Frankfurt 2004, S. 57-69.

von durchschnittlich sechs Prozent beeindruckend. In den Jahren 2002 bis 2007 erhöhte sich das Brutto-Inlandsprodukt um rund fünf Prozent, der Export steigerte sich im selben Zeitraum von rund 36 Mrd. auf zirka 126 Milliarden US-Dollar“.¹²

Die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Türkei verlief seit Abschluss der Zollunion im Januar 1996 ausgesprochen positiv und dynamisch. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Türkei und Deutschland sind von einem stetigen Wachstum und von großem strategischem Potenzial geprägt.

Deutschland ist seit vielen Jahren der wichtigste Handelspartner der Türkei. Im Zeitraum vom 2001 bis 2006 sind die deutschen Ausfuhren in die Türkei von sechs Milliarden Euro auf 14,4 Milliarden gestiegen, das entspricht einer Steigerung von rund 140 Prozent. Deutsche Firmen sind auch die Spitzenreiter bei den Investitionen ausländischer Firmen in der Türkei. Seit 1980 flossen deutsche Investitionen in Höhe von über 4,5 Mrd. US-Dollar in die Türkei. Rund 1.200 deutsche Tochterfirmen und deutsch-türkische Joint-Ventures sind bereits jetzt in der Türkei tätig.¹³ Die wirtschaftlichen Kontakte werden dabei u.a. gefördert und unterstützt durch den „Deutsch-Türkischen Kooperationsrat“, die 1994 gegründete „Deutsch-Türkische Industrie- und Handelskammer“ in Istanbul mit ihren knapp 400 Mitgliedern sowie der 2003 gegründeten „Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer TD-IHK“ in Köln.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die deutsche Wirtschaft größtenteils zu den Befürwortern eines Türkei-Beitritts gehört. So hat u.a. der BDI in einem strategischen Positionspapier im Jahr 2006 festgehalten, wie wichtig politisch und wirtschaftlich berechenbare Beziehungen zwischen EU und Türkei gleichermaßen für deutsche und türkische Unternehmen sind.¹⁴

¹² Duran, Mustafa: Türkische Wirtschaft und die Reformen, Potsdam 2008, unter <http://www.potsdam.ihk24.de>, sowie Wikipedia, Wirtschaft der Türkei.

¹³ Vgl. BDI: EU-Kandidat Türkei: Wirtschaft, Wirtschaftsbeziehungen und EU-Verhandlungen, BDI-Drucksache Nr. 377, Berlin Januar 2006.

¹⁴ Vgl. BDI: EU-Kandidat Türkei: Wirtschaft, Wirtschaftsbeziehungen und EU-

Die EU ist mit gut 50 Prozent aller Ausfuhren mit riesigem Abstand der wichtigste türkische Exportmarkt. Im Vergleich dazu liegen die USA mit knapp sechs Prozent und Russland mit knapp vier Prozent weit abgeschlagen auf Platz zwei und drei. Auch bei den Importen liegen die Beziehungen mit der EU mit zirka 40 Prozent weit vor dem zweitwichtigsten Partner Russland mit knapp 13 Prozent.¹⁵

Wenn die dynamische Entwicklung der türkischen Wirtschaft auch in naher Zukunft so andauert, so wird die Türkei den Abstand zu den entwickelten europäischen Staaten schnell reduzieren. Bereits heute ist jedoch die ökonomische Lage in der Türkei weit besser als die mancher neu aufgenommenen EU-Mitglieder wie Bulgarien oder Rumänien.

Die Türkei ist euro-asiatisch

Mit großer Hartnäckigkeit wird in der EU-Beitrittsdebatte das geographisch-geologische Argument angeführt, die Türkei liege überwiegend außerhalb Europas in Asien, obwohl gerade aus dieser Perspektive heraus richtigerweise von Eurasien als zusammenhängender Landmasse gesprochen werden müsste. Die westliche Einteilung der Kontinente in Europa und Asien basiert im Wesentlichen auf unserem eurozentrischen Weltbild der Antike und wird von weiten Teilen der Welt nicht geteilt. Sowohl die Bezeichnung Europas als eigener Kontinent als auch die Grenzziehung zwischen Europa und Asien sind historisch-kulturell geprägt. Sie sind – in Ermangelung einer eindeutigen marinen oder anderweitigen geografischen Abgrenzung – pure Konvention. Die diskutierte EU-Erweiterung nach Osten wird die Fragen nach den geographischen Grenzen Europas und die Eignung dieses Aufnahme-Kriteriums künftig sicher weiter am Leben halten.

Aber selbst wenn man sich auf die Position zurückzieht, dass geographisch gesehen nur ein kleiner Teil der Türkei auf dem europäischen Teil Eurasiens liegt, stellt sich die Frage, ob man damit eine Nicht-Aufnahme der Türkei begründen kann. Folgte man

Verhandlungen, BDI-Drucksache Nr. 377, Berlin Januar 2006

¹⁵ Europäische Kommission, unter <http://www.ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/countries/turkey/>, Stand 09/07.

streng diesem Selektionskriterium hätte man nämlich auch Zypern nicht aufnehmen dürfen. Zypern liegt nach unserer gängigen Aufteilung der Kontinente eindeutig in Asien und bildet nur kulturell eine Schnittstelle zwischen Europa, Asien und Afrika. Warum also durfte der nicht-europäische Staat Zypern in die EU, die Türkei aber nicht? Als der Türkei vor vierzig Jahren die EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wurde, waren sich die Verantwortlichen der damaligen EWG der geographischen Gegebenheiten sehr wohl bewusst. Sie haben sich in ihrer Vision über die Zukunft der Gemeinschaft aber bewusst nicht auf die konventionellen geographischen Grenzen beschränken wollen, sie trafen eine überlegte und klare politische Entscheidung, die EU über die engen kontinentalen Grenzen hinaus auszudehnen. Gerade die geographische Sonderposition als ein Land zwischen den Kontinenten verleiht der Türkei eine wichtige Brückenfunktion zwischen Europa und Asien und auch zwischen christlich geprägten und islamischen Kulturen.

Diese zukunftssträchtige Perspektive darf nicht durch eine bornierte, mit Quadratkilometern rechnende Grenzziehung relativiert oder gar eingeschränkt werden. Die immer wieder bekräftigte politische Zielsetzung der Türkei, Mitglied der EU werden zu wollen, wird letztlich nicht nur der Türkei und der EU zugute kommen, sondern auch zu geopolitischer Stabilität und zum Frieden beitragen.

In einer Erhebung von 1998 antworteten auf die Frage „ist die Türkei ein Teil Europas?“ rund 70 Prozent der befragten Deutschen und mehr als 98 Prozent der Deutschland-Türken mit „ja“.¹⁶ Die Befragten haben damit die weltanschauliche Verbundenheit der Türkei mit Europa anerkannt. In der Tat kann die mehr als 300-jährige gemeinsame Geschichte der Türkei und Europas nicht einfach ignoriert werden. Das Osmanische Reich war über Jahrhunderte hinweg die bestimmende Macht auf dem gesamten Balkan und in großen Teilen Osteuropas. Dass diese Historie auch von kriegerischen Auseinandersetzungen und Bedrohungen geprägt

¹⁶ Erhebung des Zentrum für Türkeistudien in: GeoSpezial, 8. und 17. März 1998.

war, ist nicht zu leugnen. Aber haben nicht etliche der heutigen EU-Staaten viele blutige Kriege miteinander geführt und waren nicht viele, einst oft über Jahrhunderte hinweg, Erzfeinde? Es sei nur an England und Spanien oder Deutschland und Frankreich erinnert.

Die intensive politische und wirtschaftliche Verbundenheit von Europa und dem Osmanischen Reich reicht viele Jahrhunderte zurück. Die europäischen Groß- und Kolonialmächte pflegten bereits seit Mitte des 17. Jahrhunderts intensivste Beziehungen mit dem Osmanischen Reich. Umfangreiche Handelsabkommen und Handelsprivilegien, sogenannte „Kapitulationen“ ermöglichten vor allem Frankreich und England einen nahezu ungehinderten Zugriff auf die Rohstoffe des Osmanischen Reiches und eröffneten ihnen einen attraktiven Absatzmarkt für ihre handwerklich und später industriell gefertigten Produkte. Diese Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse versetzten die Türkei in einen halb-kolonialen Status und führten letztlich zu der gravierenden ökonomischen und sozialen Rückständigkeit des Osmanischen Reiches.

In der Tat lebten die europäischen Staaten und das Osmanische Reich über Jahrhunderte in schicksalhafter Feind- und Freundschaft – wirtschaftlich wie kulturell. Gerade in Deutschland und Österreich hatte bereits nach dem Ende der letzten türkischen Belagerung Wiens 1683 der einstige Feind schnell seine Bedrohung verloren. Das Osmanische Reich wurde zum Land der Phantasie und Sehnsucht der Europäer nach dem Exotischen, dessen Kultur und Gebräuche in vielen Bereichen importiert und nachgeahmt wurden. Dabei schien die Neugierde schier unbegrenzt: Das Türkische war modern: Die Höfe legten sich Janitscharenkapellen zu; Mozart, Haydn, Beethoven und viele andere komponierten „Alla Turca“-Musikstücke; in der Innenausstattung, auf Maskenbällen und in der Kleidermode liebte man die farbenprächtigen orientalischen Muster und Stoffe, der Genuss von Kaffee und Tabak geht genauso auf den türkischen Einfluss zurück wie selbst Bayerns Bierzelt-Tradition. Kronprinz Ludwig hatte 1810 seine Hochzeit in einem osmanischen Zelt gefeiert und damit den Grundstein gelegt für das Oktoberfest. Goethes Begeisterung für das Orientalische gipfelte in seinem Spätwerk „West-östlicher Divan“, einem Gedichtzyklus, in dem das

lyrische Ich ein Moslem ist und die Lehrmeinungen des Islam vorstellt. Die Faszination des Adels und des gehobenen Bürgertums für das Türkische und Orientalische reichte noch weit bis ins 19. Jahrhundert hinein.

Umgekehrt war auch in der Türkei schon früh eine auf Zentraleuropa ausgerichtete Werteorientierung und Wertephilosophie entstanden. Bereits im Osmanischen Reich war mit den so genannten „Tanzimat Fermani“ (Tanzimat Reformen) 1839 nach den Idealen der Französischen Revolution die Gleichberechtigung aller Untertanen verkündet worden. 1876 wurde eine Verfassung verabschiedet, die auch die Gründung eines Parlaments vorsah, allerdings mit sehr stark eingeschränkten Befugnissen. Die verkrusteten Staats- und Herrschaftsstrukturen blieben aber trotz mancher Reformversuche weitestgehend bis zum Untergang des Osmanischen Reiches am Ende des Ersten Weltkriegs bestehen.

Außenpolitisch war die Politik des Osmanischen Reiches schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts Spielball der europäischen Hegemonial- und Kolonialmächte. Die Machtinteressen von Großbritannien, Frankreich und später auch von Deutschland beeinflussten die osmanische Politik in vielfältigen Bereichen und führten letztlich zum unfreiwilligen Eintritt des Osmanischen Reiches in den Ersten Weltkrieg an der Seite Deutschlands. Aber selbst die Folgen der verheerenden Niederlage und die sich daran anschließende Aufteilung der Türkei unter den Siegermächten führten erstaunlicherweise nicht zu einer Abkehr der Türkei von Europa. Der Unabhängigkeitskampf der Türken zielte ausschließlich auf die Befreiung des von den Siegermächten besetzten und aufgeteilten Vaterlandes und nicht auf eine generelle Distanzierung von Europa. Ganz im Gegenteil: es war das Ziel Atatürks, der Türkei mit radikalen Reformen und einem grundlegenden Erneuerungsprozess den Anschluss an die entwickelten Nationen Westeuropas zu ermöglichen.

Westeuropa stellte für die junge Republik Türkei das Modell und die Orientierung auf dem Weg zu einer „zeitgenössisch entwickelten Zivilisation“ dar. Bereits seit den 20er Jahren des

letzten Jahrhunderts ist der „Laizismus“, die Trennung von Staat und Religion, das zentrale Grundelement der Verfassung, um somit den Missbrauch und die Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke zu unterbinden. Bis heute haben die Parteien und Regierungen der Türkei, von den Kemalisten über die Konservativen bis zu den Sozialdemokraten an diesem Staatsziel „Westorientierung“ stets festgehalten. Wenn also Europa seine Grenzen dort haben soll, „wo gemeinsame Geschichte, Kultur und Wertorientierung fehlen“¹⁷, wie kürzlich vom CDU-Europa-Abgeordneten Reul gefordert wurde, so kann mit diesem Argument die Türkei sicher nicht ausgeschlossen werden.

Der Wunsch, die volle Mitgliedschaft in der EU zu erlangen, ist alles andere als eine Neuausrichtung, sondern vielmehr eine konsequente Fortsetzung der seit Gründung der Republik Türkei verfolgten Politik. Aufgrund dieser eindeutigen Westorientierung trat die Türkei 1952 auch der NATO bei und integrierte sich nicht nur militärisch in das westliche Verteidigungsbündnis, sondern bekannte sich damit auch zur Verteidigung der westlichen Wertegemeinschaft. Die Türkei hat sich stets als ein verlässlicher Partner der NATO erwiesen und hierfür vor allem während des so genannten „Kalten Krieges“ extrem hohe Militärausgaben auf sich genommen.

Die Westorientierung der Türkei lässt sich also in sehr vielen Bereichen des politischen und öffentlichen Lebens erkennen. Angefangen von einem laizistischen Staat mit strikter Trennung von Staat und Religion nach französischem Vorbild über eine republikanische Staatsform bis hin zu der Demokratisierung der Gesellschaft mit rechtsstaatlichem Prinzip. Auch die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung als Basis eines Sozialstaats, das Recht von Arbeitern und der Bevölkerung, sich in Gewerkschaften und zivilen Verbänden zu organisieren, sind seit weit über einem Jahrhundert Ideale, die nicht nur die türkische intellektuelle und

¹⁷ Reul, H., zitiert nach SZ: „Basis rebelliert gegen Türkei-Politik der CDU. Kreisverbände wollen Ablehnung des EU-Beitritts ins Parteiprogramm schreiben“, 31.10.2007.

politische Elite, sondern auch die große Mehrheit der Türken verinnerlicht hat.

Es ist daher völlig falsch zu behaupten, die jüngsten Reformen in der Türkei seien lediglich erzwungene und opportunistische Maßnahmen zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien. An der weiteren Demokratisierung staatlicher Institutionen, an Verbesserungen bei den Menschen- und Minderheitenrechten und bei der Umsetzung rechtsstaatlicher Grundsätze wurde und wird seit Jahren gearbeitet. Das Ziel „EU-Mitgliedschaft“ hat zweifelsohne diese Prozesse beschleunigt und stellt für die Befürworter dieser Reformen eine große Ermutigung und Unterstützung dar, aber es ist weder Ursache noch Auslöser, sondern nur ein Katalysator.

EU-Beitritt als Beitrag zu Integration und Friedenssicherung

Gerade die Demokratisierungstendenzen und deren Beschleunigung durch den Motor „EU-Beitritt“ wurden und werden von den Deutsch-Türken mit großer Anteilnahme und Aufmerksamkeit beobachtet. Der Integrations- und Identifikationsprozess der Deutsch- und EU-Türken in die und mit den hiesigen Gesellschaften würde entschieden vorangetrieben werden, wenn die alte Heimat als willkommenes und gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft behandelt würde. Bereits heute verstehen sich die Euro-Türken als eine menschliche Brücke zwischen ihrem Herkunftsland Türkei und den neuen Heimatländern in der EU.

Die „Türkische Gemeinde in Deutschland“ unterstützt nicht ohne Grund die EU-Perspektive der Türkei. Sie sieht unter anderem eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, zur Entwicklung bestmöglicher Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland, aber auch zwischen der Türkei und der EU beizutragen.

Die positiven Auswirkungen eines Beitritts auf die Deutschland- und EU-Türken liegen auf der Hand: Staatsbürger aus den EU-Mitgliedstaaten haben, außer dem allgemeinen Wahlrecht, fast die gleichen Rechte wie deutsche Staatsbürger: angefangen von sozialen, aufenthaltsrechtlichen und bildungspolitischen Belangen

bis hin zum kommunalen Wahlrecht, das nicht EU-MigrantenInnen selbst nach Jahrzehnten nicht erhalten, es sei denn, sie haben – trotz erheblicher Erschwernisse – die Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben. Damit wäre durch einen EU-Beitritt eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben gewährleistet.

Aber auch das Verhältnis der EU-Bürger und Deutschen gegenüber den Türken und türkeistämmigen MigrantInnen würde im positiven Sinne beeinflusst. Die Türkei und die Türken würden als gleichberechtigte Mitglieder in der EU und in Deutschland wahrgenommen, nicht mehr als Außenstehende und Nicht-Zugehörige.

Bedauerlicherweise wird die Diskussion um die EU-Mitgliedschaft der Türkei fast ausschließlich unter dem Aspekt geführt, welche Probleme und möglichen Risiken damit für die EU verbunden wären. Welche Vorteile die EU von einer Mitgliedschaft der Türkei hätte, wird kaum erörtert. Dabei steht die Beantwortung dieser Frage in engem Kontext mit den Visionen von der zukünftigen Gestaltung der EU.

Die zentrale Frage ist also, welche Rolle die EU künftig in der Welt zu übernehmen gedenkt. Bislang war die EU primär eine wichtige Wirtschaftsmacht, die allerdings in den letzten Jahren den Ausbau ihrer Militärmacht deutlich forciert hat. Dem Frieden in der Welt ist mit weiterem Wettrüsten gewiss nicht gedient.

Angesichts eines drohenden, von manchen Protagonisten herbei geredeten „Kampf der Kulturen und Zivilisationen“ müsste die EU eine Vermittlerrolle übernehmen, sie müsste Brücken zwischen den Zivilisationen, zwischen Okzident und Orient bauen. Die EU sollte ausschließlich auf diplomatische Mittel setzen, das Völkerrecht stärken und nach friedlichen Konfliktlösungen suchen. Sie muss mit zivilpolitischem Engagement präventiv zur Lösung von Konflikten entscheidend beitragen und die Entstehung neuer Konflikte verhindern helfen. Gerade ihre wirtschaftliche Stärke verleiht ihr auch ein enormes politisches und diplomatisches Gewicht. Nur so kann auf lange Sicht weltweit mehr Sicherheit, mehr Frieden, mehr Verständigung und mehr Zusammenarbeit zwischen den

vermeintlich gegensätzlichen Positionen der islamischen und der christlichen Länder gestiftet und gesichert werden.

Der Türkei als Stabilitäts- und Machtfaktor im Nahen Osten kommt in diesem Prozess eine wichtige und unverzichtbare Rolle zu. Ihre geographische und geopolitische Lage macht sie zur Brücke zwischen zwei Kontinenten, Europa und Asien. Gleichzeitig ist sie Brücke zwischen den großen Religionen und Kulturen, zwischen Christentum und Islam.

Als ein demokratischer und laizistischer Rechtsstaat kann die Türkei für viele islamische Länder als Modell gelten, indem sie vorlebt, dass der Islam und die universalen Werte nicht im Widerspruch zueinander stehen. Sie erbringt den Beweis, dass Demokratie, Laizismus, Rechtsstaat, Menschenrechte und Modernität genauso gut in einem Land mit islamischer Bevölkerung verwirklicht werden können. Genau diese Ausstrahlung der Türkei mit ihrer mehrheitlich islamischen Bevölkerung wäre ein Modell für viele andere islamische Länder. Dies wäre ein beispielgebender Akt der Versöhnung zwischen zwei Zivilisationen mit historisch belasteten Beziehungen. Genau aus diesem Grund wird der EU-Beitrittsprozess der Türkei in vielen islamischen Ländern mit großem Interesse verfolgt.

Es ist längst bekannt, dass unsere Sicherheit, dass Frieden und Wohlstand nicht allein vom Frieden in Deutschland und Europa abhängen, sondern auch von Frieden und Sicherheit in anderen Regionen der Welt, insbesondere im Nahen Osten. Eine voll in die EU integrierte, demokratisch und ökonomisch stabile Türkei würde auf die Menschen und Staaten vor allem im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in anderen islamischen Staaten, als ein gelungenes Modell westlicher Prägung eine große positive Wirkung haben. Diese würde mittelfristig den Demokratisierungsprozess und die Übernahme des parlamentarisch-demokratischen Systems in diesen Ländern fördern und zu mehr Stabilität, Sicherheit und wirtschaftlicher Prosperität führen, was wiederum auch der EU zu Gute käme. „Eine in die EU integrierte Türkei“, so der türkische Ministerpräsident Erdoğan, „wird eine unverzichtbare Rolle in der Verhinderung politischer und kultureller Trennungen übernehmen

und einen wichtigen Beitrag zum Frieden, zur Stabilität und zur Sicherheit in Europa leisten“.¹⁸

„Privilegierte Partnerschaft“

Die Unionsparteien hatten während ihrer Regierungszeit unter Kanzler Helmut Kohl die EU-Mitgliedschaft der Türkei offiziell nie in Zweifel gezogen. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Michael Glos, der sich heute in vorderster Reihe gegen den Beitritt der Türkei stellt, trat im Dezember 1997 noch entschieden gegen eine Ausgrenzung der Türkei ein. „Die Türkei darf auf dem Wege nach Europa nicht diskriminiert werden. [...] Es ist nicht nur im deutschen, sondern im europäischen Interesse, die Türkei an Europa zu binden. An der Schwelle Europas, im Schnittpunkt der Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens, war die Türkei über Jahrzehnte ein verlässlicher Partner und Freund der Deutschen. Die Bedeutung der Türkei für die Sicherheit Europas besteht über das Ende des Ost-West-Konfliktes hinaus. Es dient nicht europäischen Interessen, wenn die Türkei auf ihrem Weg nach Europa durch Übertaktieren vor den Kopf gestoßen wird. Für Europa und die Türkei muss klar sein, dass ein türkischer Beitrittsantrag grundsätzlich an den gleichen Kriterien gemessen wird, wie der jedes anderen europäischen Staates.“¹⁹

Der Meinungswandel bei der Führung von CDU und CSU ist maßgeblich von innenpolitischen Überlegungen bestimmt. Um jedoch die prinzipielle Ablehnung gegenüber dem EU-Beitritt der Türkei zu verschleiern und ihre politische Glaubwürdigkeit auf internationalem Parkett nicht vollends zu verspielen, haben die Unionsparteien anstelle einer EU-Mitgliedschaft eine Worthülse mit Mogelpackung erfunden, die „privilegierte Partnerschaft“.

Diese „privilegierte Partnerschaft“ ist für die Türkei jedoch inhaltlich und sachlich völlig indiskutabel. Wenn aber nachgefragt wird, was unter der „privilegierte Partnerschaft“ zu verstehen sei, wird recht mühsam nach einer Antwort gesucht. Es soll wohl „eine

¹⁸ Erdoğan, T.: Reformprozess in der Türkei - Annäherung an die EU, Vortragsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Zentrums für Türkei Studien, Berlin 03.08.2003.

¹⁹ Pressemitteilung der CSU Landesgruppe im Bundestag, 17.12.1997.

Freihandelszone zwischen EU und der Türkei, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Terror bedeuten.“²⁰

Doch diesen Status, diese Partnerschaft mit der EU, wenn man sie denn als „privilegiert“ bezeichnen will, besitzt die Türkei längst: Sie ist seit 1996 Mitglied der Zollunion. Das heißt, freier Warenaustausch zwischen der EU und der Türkei ist längst Realität. Eine gemeinsame Sicherheitspolitik und enge Abstimmung in außenpolitischen Fragen ist mit der Türkei als NATO-Mitglied seit über 50 Jahren selbstverständlich.

Da diese Idee einer „privilegierten Partnerschaft“ als Alternative zur Vollmitgliedschaft der Türkei steht, wird sie von der Bevölkerung und den Politikern der Türkei und von den Deutsch-Türken eher als eine »privilegierte Diskriminierung« aufgefasst. Einen derartigen diplomatischen Affront und ein solches Maß an politischer Unzuverlässigkeit hat man noch keinem anderen Beitrittskandidaten zugemutet. Hätten die beinahe drei Millionen Bürger türkischer Herkunft in Deutschland volle Wahlrechte auf kommunaler und auf Bundesebene, so hätte man sich diese diskriminierende Politik sicherlich gründlicher überlegt. Auch wenn der politische Denkmittel für die Unionsparteien deshalb nicht so drastisch ausfallen kann, die Wirkungen auf das Gefühl des Willkommens- und Akzeptiertseins der Deutsch-Türken sind jedenfalls fatal.

Gerade für die Deutsch-Türken, die wie ich jahrzehntelang innenpolitisch für mehr Integration und außenpolitisch für die Demokratisierung und den EU-Beitritt der Türkei gekämpft haben, ist diese Position inakzeptabel.

Vertragstreue und Kopenhagener Kriterien

Viele dieser unablässigen Vorstöße von CDU/CSU und vom Staatspräsidenten Frankreichs, Sarkozy, einen vertraglich zugesicherten und seit Jahren eingeleiteten Beitrittsprozess zu torpedieren, legen den Verdacht nahe, die Türkei solle mit dieser

²⁰ Die Welt, 17.09.2004.

hartnäckigen Stimmungsmache dazu bewegt werden, von sich aus auf einen Beitritt zu verzichten.

Zum Teil geht diese Strategie bereits auf. Der Großteil der türkischen Bevölkerung wendet sich schon jetzt von der EU ab. Man ist frustriert und sieht im ungerechten Umgang der EU mit der Türkei eine Hinhaltetaktik. Nur noch knapp 40 statt früher 70 Prozent der türkischen Bevölkerung unterstützen einen EU-Beitritt ihres Landes uneingeschränkt.

Zu einer guten Demokratie gehört vor allem auch Verlässlichkeit – und hier müssen sich die EU-Mitgliedstaaten fragen lassen, wie es um ihre Vertragstreue steht. Sollte einer demokratischen und ökonomisch hinreichend soliden Türkei die Vollmitgliedschaft verschlossen bleiben, hätte dies fatale Auswirkungen. Den Türkinnen und Türken sollte eine ebenso faire Chance eingeräumt werden wie jedem früheren Beitrittskandidaten.

Einziges Kriterium hierbei darf – wie bei allen anderen Kandidaten auch – die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien sein. Dies zu überprüfen ist einzig und allein Aufgabe der Europäischen Kommission, die dazu detaillierte Fortschrittsberichte vorlegt. Der Fortschrittsbericht 2007 hat ausdrücklich begrüßt, dass die Türkei eine Vielzahl von Reformen eingeleitet hat, die die rechtlichen Grundlagen für einen Demokratisierungsprozess schaffen. Die von der Kommission auch geäußerten Kritikpunkte, wie zum Beispiel die Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit, müssen selbstredend ernst genommen werden und die angemahnten Verbesserungen als Teil der noch zu erledigenden Aufgaben in Angriff genommen werden. Auch das gehäufte Auftreten von Gewalttaten gegen Nicht-Muslime und die dafür verantwortlichen islamisch-fundamentalistischen und ultranationalistischen Tendenzen müssen mit aller Kraft bekämpft und mit der vollen Härte des Gesetzes geahndet werden. Sie stellen eine ernsthafte Gefahr für den demokratisch-laizistischen Rechtsstaat dar. Die Türkei, die auf eine lange historische Tradition der Multikulturalität und Multireligiosität zurückblicken kann, muss sich dieser Herausforderung stellen.

Es ist jedoch nicht akzeptabel, dass die EU die Behebung der Defizite im sozialen Bereich sowie die Stärkung der Rechte der Gewerkschaften und Arbeitnehmer nicht einfordert.

Meine Damen und Herren, den Großteil meines Referates konnte ich Ihnen vortragen. Zur Zypernfrage werde ich mich nun bedauerlicherweise nicht mehr äußern können, da ich die vorgesehene Redezeit bereits überschritten habe. Aber das Thema „Zypern“ bleibt hier ohnehin nicht unberührt. Unser geschätzter Kollege, Prof. Dr. Şükrü Sina Gürel, wird seinen Vortrag in weiten Teilen der Zypernfrage widmen. Ich möchte an dieser Stelle enden und Ihnen, verehrten Gästen, für Ihre Aufmerksamkeit danken.

Halûk Kabaalioglu: Haben Sie vielen Dank verehrter Herr Prof. Dr. Hakkı Keskin für Ihren aufschlussreichen Vortrag, sowie dafür, dass Sie die vorgegebene Redezeit im Auge behalten haben, wofür Ihnen sicherlich auch nachfolgende Redner sowie unser Publikum danken werden. Da, wie Sie vernommen haben, Herr Prof. Keskin aufgrund der zeitlichen Beschränkung auf die Darstellung der Zypernfrage verzichtet hat, möchte ich nun das Pult freigeben für Herrn Prof. Gürel, der sich wie angekündigt intensiver mit dieser Thematik auseinandersetzen wird. Bitte sehr.

Şükrü Sina Gürel:* Vielen Dank! Danke auch den Organisatoren dieser äußerst wichtigen Veranstaltung, die mir die Möglichkeit gegeben haben, hier über dieses wichtige Thema in den europäisch-türkischen Beziehungen zu sprechen: die Zypernfrage. Ist sie tatsächlich ein Hindernis für die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei oder eher ein Scheinproblem, um die Türkei außen vor zu halten? Im Folgenden versuche ich darauf einzugehen und das vermeintliche Problem von mehreren Seiten zu betrachten.

* Transkript

Sehr verehrte Gäste! Auch ich begrüße Sie zunächst recht herzlich und danke den Vertreterinnen und Vertretern der Marmara-Universität sowie der Universität Bremen für diese großartige, in erfolgreicher Zusammenarbeit organisierte Konferenz.

Die Zypernfrage aus türkischer Sicht

Diese Konferenz ist von ganz besonderer Bedeutung, weil sie gerade in einer Zeit stattfindet, in der die Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Türkei stagnieren. Als hauptsächlicher Grund wird die leidige und scheinbar unlösbare Zypernfrage angeführt. Die EU wirft der Türkei vor, sie wäre nicht ausreichend um eine politische Lösung des Konflikts bemüht. Gemeint ist damit die Erwartung an die türkische Seite, die Zollunion solle auf alle neuen Unionsmitglieder ausgeweitet werden, was auch den griechischen Teil Zyperns einschließt, dessen Anerkennung von der EU als Vorbedingung für die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen gestellt wird. Argumentiert wird unter anderem damit, dass eine Lösung des Zypernkonflikts vor allem dem Wohl beider auf der Insel lebenden Volksgruppen diene. Inwieweit dieses politische Kalkül tatsächlich zu einer praktischen und beidseitig akzeptablen Lösung beitragen kann, möchte ich im Folgenden in der mir dafür zur Verfügung gestellten Redezeit genauer hinterfragen und beleuchten.

Sehr verehrte Damen und Herren, beginnen möchte ich meinen Vortrag mit einem kurzen historischen Abriss, um Ihnen das Konfliktpotenzial und den aktuellen Status quo verständlich zu machen.

Es war die geostrategische Bedeutung Zyperns im östlichen Mittelmeer, die das Interesse der Weltmächte an der Insel weckte. Sie blieb von 1571 bis 1878 unter Osmanischer Herrschaft. Als das Osmanische Reich im Zerfall begriffen war, gelang es Großbritannien beim Berliner Kongress von 1878 die Insel unter seine Herrschaft zu bringen. Die umstrittene britische Vorherrschaft endete mit der Unabhängigkeit Zyperns im Jahre 1960. In der neuen Verfassung der jungen Republik wurde die Gleichberechtigung beider Volksgruppen auf der Insel festgelegt; beide sollten gleichermaßen in staatlichen Institutionen vertreten sein. Dementsprechend war ein griechischer Zypriot als Präsident und ein türkischer Zypriot als Vizepräsident vorgesehen. Auch die Besetzung anderer öffentlicher Ämter

und die Aufteilung der Posten in der Verwaltung wurden über Quoten geregelt. Im Falle eines Bruchs mit diesen verfassungsrechtlichen Bestimmungen, obläge es dem Ermessen der Garantiemächte Griechenland, Großbritannien und der Türkei, regulierend einzugreifen.

Wie bewährten sich nun die Verfassungsgrundsätze in ihrer praktischen Umsetzung? Es war vor allem der erste Präsident, Erzbischof Makarios, der für das Scheitern aller guten Vorsätze im Wesentlichen die Verantwortung trug. Er zollte dem niedergeschriebenen Recht keinen ausreichenden Respekt, indem er Bemühungen vorantrieb, den Status der türkischstämmigen Bevölkerung zu schwächen und sie als Minderheit im neu gegründeten Staat zu positionieren, der die Nähe zu Griechenland suchte. Dieses Bestreben der Vereinigung der mehrheitlich von Griechen bewohnten Territorien mit dem griechischen Staat bezeichnet man als Enosis. Diese zunächst von Makarios favorisierte Politik hatte im Laufe der 60er Jahre den Angriff auf türkische Dörfer und die Tötung von zahlreichen Zivilisten durch die griechisch-zyprische terroristische Organisation (EOKA) zur Folge, die zugleich Unterstützung von dem Obristenregime in Athen erhielt. Die Verhältnisse spitzten sich stetig zu und wurden allmählich untragbar, bis sie schließlich im gemeinsamen Putschversuch der neuorganisierten EOKA mit der griechischen Militäjtunta von 1974 gipfelten, der sich auf die Annexion der zyprischen Insel durch Griechenland richtete. Daraufhin forderte die damalige türkische Regierung Großbritannien auf, gemeinsam den Verpflichtungen als Garantiemächte nachzukommen und für die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung zu sorgen. Die alte Kolonialmacht Großbritannien schloss sich dieser geplanten Intervention jedoch nicht an, weshalb sich die Türkei gezwungen sah, im Alleingang in den Konflikt einzugreifen und den Zypertürken beizustehen. Ihre militärische Intervention beschränkte sich demnach auch auf den Nordteil der Insel, wo im Laufe der Jahre aufgrund innenpolitischer Spannungen türkisch-zypriotische Enklaven entstanden waren. In Folge der Auseinandersetzung kam es zur Teilung der Insel, wobei die türkischen Zyprioten im Norden und der Großteil der griechisch stämmigen Bevölkerung im Süden leben. Zahlreiche, daran anschließende Versuche einer allseits ak-

zeptablen politischen Lösung scheiterten und so wurde schließlich im Jahre 1983 die Türkische Republik Nordzypern ausgerufen.

Ich möchte hier noch einmal herausheben, dass das, was 1974 geschehen ist, die Reaktion der Türkei auf den klaren Verfassungsbruch von griechisch-zypriotischer Seite war. Demzufolge hat die Intervention der Türkei als Garantiemacht auf der Insel rechtmäßig stattgefunden und war nicht auf territorialen Besitz ausgerichtet. Sie hat sich darauf beschränkt, den Schutz der türkischen Zyprioten geografisch zu gewährleisten. Die räumliche Trennung beider auf der Insel seit jeher vertretenen Volksgruppen vollzog sich ohnehin in den Jahren 1964 bis 1974 und brachte der türkischstämmigen Bevölkerung gegenüber griechischen Zyprioten vor allem ein Mehr an Sicherheit. Trotz dieser unbestreitbaren Entwicklungen auf der Insel und historischen Tatsachen halten sich bis heute Fehleinschätzungen und verzerrte Auffassungen über den Hergang des Konflikts auf internationaler Ebene sogar bis dahingehend, dass die Türkei die schwelenden ethnischen Konfliktherde seit 1963 als Anlass für ihre Okkupation im Jahre 1974 eigensüchtig genutzt habe und damit erst zum eigentlichen Auslöser des andauernden Zypern-Problems geworden sei.

Schaut man sich die Ereignisse zwischen 1963 und 1974 jedoch einmal genauer an, lässt sich in Wirklichkeit feststellen, dass die türkischen Truppen nicht als Folge der ethnischen Konflikte zwischen beiden Bevölkerungsteilen, sondern als Folge einer in diesen Jahren sich systematisch fortsetzenden ethnischen Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik gegen die türkischen Zyprioten interveniert haben. Ein geplantes Verfassungsmemorandum, das ihre Rechte weiter beschränken sollte, löste Widerstand in den Reihen der türkischstämmigen Inselbevölkerung aus, was interkommunale Kämpfe auslöste und zu einem Massaker führte, woraufhin nicht nur ein großer Teil der türkischen Zyprioten flüchtete, sondern sich in Folge – wie kurz zuvor erwähnt – türkische Enklaven als eine Art Schutzraum gegen Repressalien wie das Wirtschaftsembargo oder das Herausdrängen aus öffentlichen Ämtern herausbildeten. Sie beanspruchten dabei lediglich 3% der gesamten Insel und hatten Schwierigkeiten ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Diese erschwerten Lebensbedingungen widersprachen den Grundgedanken und den in der Verfassung von 1960 verankerten Prinzipien der gegenseitigen Anerkennung und Gleichberechtigung beider Bevölkerungsgruppen. Die Republik Zypern, die auf der Verfassung von 1960 sowie auf den Gründungsabkommen [*Lausanne und Zürich] beruhte, begann seit 1963 immer mehr in ihrer Funktion als solidarische Föderation zu verlieren, was nicht zuletzt darin deutlich wird, dass sich der gesamte Staatsapparat in eine „griechische Verwaltung“ verwandelt hatte. Das Zypern-Problem beginnt also nicht erst 1974, sondern nimmt seine Anfänge schon in den 60ern.

Nun möchte ich darauf eingehen, wie die EU auf den Zypern-Konflikt reagiert bzw. damit umgeht. Wie wir wissen, dauert die Teilung der Insel fort, vor allem auch, weil eine politische Lösung nach der Aufnahme des südlichen Teils Zyperns in die EU noch schwieriger geworden zu sein scheint.

Die EU-Staaten betrachteten die Insel als eine Einheit, der eine legitime Regierung von Seiten der griechischen Zyprioten zusteht, selbst wenn diese de facto nur den Südteil repräsentierte und damit in Macht und Einflussnahme beschränkt sein würde. Die Türkei jedoch erkennt ein solch einseitiges Bestreben nicht an, das nicht auf Partizipation aller Beteiligten am politischen Geschehen gerichtet ist und verurteilte aus diesem Grund die Annäherungsversuche der griechischen Zyprioten an die Europäische Union. Bei deren Antragstellung auf Vollmitgliedschaft schien sich damals jedoch auch die EU einig, dass Zypern nicht in seinem geteilten Zustand beitreten solle. Nicht nur wir Türken, sondern auch der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Pérez de Cuéllar, warnten diesbezüglich vor einer Zuspitzung des Konflikts und erschwerten Bedingungen im Ringen um eine politische Lösung. Die Türkei erinnerte dabei die EU an die Bestimmungen der Gründungsabkommen, die dem Südteil Zyperns eine Mitgliedschaft in internationalen Organisationen verwehrt, insofern nicht sie selbst als auch Griechenland diesen beitreten würden. Umgangen wurde diese Regelung bei der Aufnahme Südzyperns in die Gemeinschaft dadurch, dass die EU sich ihrem Selbstverständnis nach hingegen als supranationale

Organisation ansieht. Übersehen und damit geflissentlich umgangen worden zu sein scheint auch die Tatsache, dass laut Kopenhagener Kriterien ein potenzieller Mitgliedstaat seine Grenzstreitigkeiten bis zum Zeitpunkt des Beitritts beizulegen habe.

Als „Vorbedingung“ für den Beitritt betrachtet wurde zunächst auch die politische Lösung des Zypernkonflikts – pro forma wie sich herausstellen sollte, denn Griechenland als Protektor setzte sich so vehement für die Aufnahme ein, indem es beispielsweise lasziv androhte die gesamte Osterweiterung zu verhindern, wenn Südzypern nicht in der nächsten Runde aufgenommen werden würde, dass sich der Europäische Rat 1994 entschloss, die EU um Zypern und Malta zu erweitern. Dass konkrete Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vom Europäischen Rat in Luxemburg Ende 1997 abgelehnt, mit Zypern aber wenig später aufgenommen worden sind, führte die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei an einen Tiefpunkt.

Noch kurz zuvor, im Juli 1997, habe ich damals als Staatsminister für Zypern- und EU-Angelegenheiten im Namen der türkischen Regierung die Union darauf hinwiesen, dass deren Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Südzypern wider dem Gesetz sei und den Konflikt noch verschärfen würde. Diese vertröstete uns mit der Aussage, dass die Beitrittsverhandlungen sehr wohl auch weiterhin an die politische Lösung des Konflikts auf der Insel gebunden seien. Doch unsere Sorge, dass durch diese Grundsatzentscheidung nicht nur der Weg für eine Mitgliedschaft Zyperns geebnet und damit die nordzyprische Verhandlungsposition entscheidend geschwächt worden ist, sondern auch der Umstand, dass diesem halben Inselland mit seinem Beitritt auch wesentliche Mitspracherechte bei der Entscheidung um die Kandidatur der Türkei eingeräumt werden würden, hat sich im Nachhinein bestätigt.

Wie konnte das geschehen? Zunächst wurden die Inselstaaten Malta und Südzypern vom Europäischen Rat im Dezember 1999 zu Beitrittskandidaten erklärt. Allerdings stellte die Erklärung die türkischen Zyprioten damit als eine Art Minderheit wie die der Armenier, Juden oder Roma dar, wobei offensichtlich übersehen wurde, dass der zyprische Staat im Jahre 1960 ursprünglich von beiden

Volksgruppen in gleichberechtigter Gemeinschaft begründet worden war. Von Seiten der EU sah man nun jedoch erneut die Chance geboten bekommen eine politische Lösung aushandeln zu können und legte mit dem so genannten „Annan-Plan“ – erstellt unter dem Vorsitz des damaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan, – ein Strategiepapier vor, das zu einer Art föderativen Wiedervereinigung beider Inselteile führen sollte. Dann wurde jedoch – zunächst inoffiziell – bekannt, dass griechische Zyprioten daran mitgewirkt hatten, was erneut einem Kräfteressen gleichkam.

Im September des Jahres 2002 habe ich in meiner Funktion als Außenminister der türkischen Republik in einem Schreiben an den UNO-Generalsekretär Kofi Annan und den US-Außenminister Colin Powell erklärt, dass wir über einen „Plan“ informiert worden sind, der zu diesem Zeitpunkt mit griechischen Vertretern Zyperns in Vorbereitung war. Falls der damalige Präsident der Türkischen Republik Nordzypern, Rauf Denktas, diesen ablehnen würde, machte ich zugleich deutlich, dass wir seine Entscheidung in jeder Hinsicht mittragen würden. In der zweiten Novemberwoche desselben Jahres wurde dieser vom EU-Koordinator für Zypern, Lord Hanney, und dem Vizeregensekretär, Prendergast, unter Mitwirkung griechischer Zyprioten erstellte „Plan“ in einem offiziellen Akt sowohl der Republik Nordzypern als auch der Türkei übergeben. Kurz darauf habe ich diesen auf einer Pressekonferenz als „verhandlungsunwürdig“ erklärt.

Eine ausführliche Stellungnahme zu den einzelnen Kritikpunkten würde an dieser Stelle jedoch den mir hier zur Verfügung gestellten zeitlichen Rahmen sprengen. Stellvertretend dafür und bezeichnend reicht hier wohl schon die Tatsache, dass fast zeitgleich mit der öffentlichen Übergabe dieses Dokuments bereits griechischsprachige Exemplare vor dem Außenministerium in Athen an Journalisten verteilt wurden. Wie, wenn nicht schon vorher bekannt, hätte dieser mehrere hundert Seiten umfassende Vertragsentwurf so schnell ins Griechische übersetzt werden können?

Was genau jedoch beinhaltete dieser „Plan“ überhaupt? Wie kurz zuvor erwähnt, sollte er endlich Zypern vor seiner Aufnahme in die

EU vereinen, worüber zu entscheiden beide Bevölkerungsteile in einer getrennten Volksabstimmung aufgerufen waren. Doch die Rechnung der EU und des Generalsekretärs Annan ging nicht auf: Am 24. April 2004 stimmten mit einer klaren Mehrheit die türkischen Zyprioten dafür und die griechischen dagegen. Die Enttäuschung der EU über die Ablehnung durch die griechischen Zyprioten war groß und der damalige EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen gestand sogar zu, sich durch sie betrogen zu fühlen.

Allerdings führte das positive Ergebnis auf Nordzypern nur zwei Tage später, nämlich am 26. April 2004, auf der Tagung des Europäischen Rates in Luxemburg zu dem Entschluss, die Aufnahme von direkten Handelsbeziehungen mit Nordzypern zu veranlassen und dessen Isolation dadurch zu beenden.

Die Umsetzung dieses Beschlusses wurde jedoch durch das Veto des griechisch-zyprischen Südens verhindert, der am 1. Mai 2004 – eine Woche nach der Volksabstimmung – in die EU aufgenommen wurde. Paradoxerweise kam nun die Aufnahme der Seite zugute, an der die politischen Bemühungen um eine friedliche Beilegung des andauernden und umstrittenen Konflikts gescheitert waren.

Was führte zu diesem Ergebnis? De facto gab es keinen zwingenden Grund für die griechisch-zyprische Seite den sogenannten „Annan-Plan“ zu unterstützen, da sich – unabhängig von der Volksabstimmung – ihre Aufnahme in die EU abzeichnete. Schließlich war man quasi immer gegen einen gemeinsamen Staat mit den Türken, der auf dem Prinzip der absoluten Gleichberechtigung beider Bevölkerungsgruppen gründet.

Die Zyprioten des südlichen Inselteils haben mit ihrer Aufnahme in die EU nun folgendes erreicht: Zunächst wurden sie trotz der Vereinbarungen beider Gründungsabkommen in die Union aufgenommen und konnten somit den Status einer legitimen Regierung für die gesamte Insel erringen. Das bedeutet in der Konsequenz, dass nun die griechisch-zyprische Regierung bemüht ist, ihre Mitgliedschaft zu nutzen, um auf die Türkei wie auch auf die türkische Bevölkerung der Insel Druck auszuüben. Ihre Vormachtstellung zwingt diese von ihrem Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Geschehen Abstand zu nehmen

und drängt sie in ein Dasein als Minderheit. Von der Türkei wird die Anerkennung des offiziellen EU-Partners erwartet und in diesem Zusammenhang die Aufnahme in und damit die Übernahme der Regelungen der bestehenden Zollunion. So verlangt die EU unter anderem die Aufhebung des Embargos gegen griechisch-zypriotische Schiffe in türkischen Häfen. De facto werden diese aber bereits von ihnen genutzt, indem sie vor der Einfahrt die griechische Flagge hissen und damit das Embargo umgehen bzw. unwirksam werden lassen. Auch dies ist eine Maßnahme die eigene Stärke zu demonstrieren und eine Möglichkeit sein Geltungsbedürfnis zu befriedigen, indem man sich wähnt, in Zukunft die legitime Vorherrschaft auf der gesamten Insel zu übernehmen.

Sehr verehrte Gäste! Ich habe in meinem Vortrag versucht, in Grundzügen darzulegen, wie sich das Zypernproblem bis heute entwickelt hat und insbesondere auch die Umgehungsweise der EU damit zu zeigen, die dafür noch immer eine Lösung anstrebt oder vielmehr erwartet und zur Voraussetzung macht, um die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei fortzusetzen.

Abschließend kann ich dazu gegenwärtig nur sagen, dass die heutige Zypernfrage, die sich in Hinsicht auf die Beziehungen der Türkei zur EU stellt, auf deren eigenen Fehlentscheidungen beruht, denn schließlich wurde mit der Aufnahme einer geteilten Insel gegen die eigenen Grundsätze verstoßen.

Halûk Kabaalioglu: Vielen herzlichen Dank für diesen äußerst informativen Beitrag und die Schilderungen zum Zypernkonflikt sozusagen aus erster Hand. Herr Prof. Dr. Gürel war heute nicht nur als Wissenschaftler, sondern auch als Regierungsmitglied und – wie wir gerade selbst hören konnten – unmittelbar Beteiligter an den Entwicklungen im Zypernkonflikt. In diesem Sinne war sein Beitrag als Zeit- und Augenzeuge eine große Bereicherung für unsere Konferenz. Nochmals vielen Dank!

Nun möchte ich zum nächsten Redner überleiten. Herr Dr. Hansjörg Brey, Direktor der Südosteuropa-Gesellschaft, wird Sie zum Abschluss von diesem Podium noch einmal über die Türkei-

EU-Beziehungen, dieses Mal aus deutscher Sicht unterrichten. Ich bitte Sie noch einmal um Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit.

Hansjörg Brey: Vielen Dank! Hochverehrtes Publikum, im Folgenden werde ich mich über „Die Türkei und die Erweiterungspolitik der Europäischen Union“ äußern.

Die Türkei und die Erweiterungspolitik der Europäischen Union

Zum Zeitpunkt dieser Konferenz fallen beim Europäischen Rat in Brüssel Entscheidungen, die für die Zukunft der Europäischen Union und speziell der Frage ihrer Erweiterungspolitik von zentraler Bedeutung sind.

Mit Spannung wurde etwa am 6. Mai 2009 der Beschluss des tschechischen Senats über die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon erwartet. Das Gremium hat mit knapper Mehrheit dem Vertragswerk zugestimmt. Damit ist eine von einer ganzen Reihe noch bestehender Hürden auf dem Weg zu einer gemeinschaftlichen Akzeptanz dieses Grundlagenvertrags und damit zu einer inneren Neuordnung der EU überwunden.

Während die Zukunft dieser inneren Neuordnung und der Erweiterungspolitik noch unsicher bleibt, werden zur gleichen Zeit neue Entscheidungen im Bereich der Nachbarschaftspolitik getroffen, die den Einfluss der EU jenseits der (aktuellen oder potenziellen) Kandidatenstaaten festigen sollen. Am 7. Mai 2009 hob der Europäische Rat in Prag beim "Prague Eastern Partnership Summit" eine „Östliche Partnerschaft²¹ der EU mit den post-sowjetischen Staaten Armenien, Aserbaidshan, Georgien, der Ukraine, der Republik Moldau und Weißrussland offiziell aus der Taufe. Die "Eastern Partnership" wiederum kann verstanden werden als Pendant zur „Mittelmeer-Union“²², die auf Initiative des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy im Juli 2008 als Fortsetzung des „Barcelona Prozesses“ beschlossen worden war.

²¹ *European Council*, Joint Declaration of the Prague Eastern Partnership Summit, Prague, 7 May 2009.

²² Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean, Paris, 13 July 2008.

Die offensiv anmutenden Entscheidungen in der Europäischen Nachbarschaftspolitik können nicht darüber hinwegtäuschen: Die EU befindet sich heute in einem ebenso intensiven wie schmerzhaften Ringen um die Frage ihrer künftigen Arbeitsfähigkeit generell und spezifisch ihrer Erweiterungsfähigkeit. Dabei erscheint die Türkei im Rahmen der Erweiterungspolitik zweifellos als ein besonderer und sicher auch ein besonders schwieriger Fall. Das künftige Verhältnis der Türkei zur EU und konkret die Frage, ob die Türkei einst Vollmitglied der EU werden wird, ist durch eine Reihe hoch komplexer und ineinander verwobener Prozesse bestimmt. Folgende Fragen sind hier zu beantworten, die im Rahmen einer kurzen Präsentation freilich nur angedeutet werden können:

1. Wie steht es um die Erweiterungsfähigkeit der EU? Einerseits spielt dabei das objektive Vermögen der Union zu einer strukturellen Neuordnung eine wichtige Rolle (Annahme des Vertrags von Lissabon). Andererseits geht es um die subjektive Bewertung der Erweiterungsfähigkeit der EU durch die einzelnen Mitgliedsstaaten und die verschiedenen politischen Akteure innerhalb der Mitgliedsstaaten. Das Beispiel Deutschland zeigt, dass gerade Letzteres von großer Relevanz ist.

2. Welche Erfahrungen hat die Europäische Union mit den „Beitrittsrunden“ von 2004 (zehn Mittel- und Osteuropäische Staaten) und 2007 (Bulgarien und Rumänien) gemacht? Solche Erfahrungen, so meine These, können sich positiv oder negativ auf künftige Erweiterungsschritte auswirken.

3. Welche Erfahrungen macht die EU im laufenden Stabilisierungs-, Assoziierungs- und Beitrittsprozess mit den Staaten des sogenannten westlichen Balkans? Gegenüber diesen Ländern, also Kroatien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien hat der Europäische Rat von Thessaloniki 2003 die Zusicherung einer späteren Perspektive auf Vollmitgliedschaft gegeben und sie damit der Türkei gleichgesetzt. Im Oktober 2005 beschloss der Europäische Rat, Beitrittsverhandlungen mit Kroatien ebenso wie mit der Türkei aufzunehmen. Inzwischen erhielt Mazedonien den Kandidatenstatus und in allerletzter Zeit haben Montenegro und Albanien Anträge auf Mitgliedschaft in der EU gestellt.

4. Wie positionieren sich die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten in der Frage eines künftigen Beitritts der Türkei? Diese Frage steht im Zusammenhang mit den vorherigen Punkten. Sie hängt aber auch ab von der jeweils subjektiven Bewertung der Türkei als großen, überwiegend muslimischen, überwiegend jenseits der klassischen europäischen Grenzen gelegenen und mit besonderen inneren Strukturen versehenen Staates. Im Falle der EU-Mitglieder Zypern und Griechenland kommen dazu offene bilaterale Fragen auf, welche die notwendige Zustimmung zu einer EU-Integration der Türkei gefährden.

5. Und, *last but not least*, steht die Frage, wie es mit den Fortschritten in der Türkei bezüglich der Übernahme der EU-Vertragswerke, des *Acquis Communautaire*, steht. Die Entschlossenheit, die notwendigen Schritte dafür zu unternehmen, hängt von vielen Faktoren ab, unter anderem von der dortigen innenpolitischen Entwicklung. Hier entscheidet sich, ob die Integration in die EU vorrangiges Ziel der politischen Eliten bleibt, oder ob sie hinter andere mögliche Optionen zurücktritt.

Im Folgenden will ich kurz auf diese Punkte eingehen. Ich gehe davon aus, dass die Argumente des Pro- und Kontra der „Türkei-Diskussion“ in den Staaten der EU der Leserschaft weitgehend bekannt sind. Zum Stand des Integrationsprozesses der Türkei selbst gibt es eine Fülle von Literatur – die Diskussion darüber ist jedoch nicht Thema dieses Beitrags.²³ Wichtigster Maßstab für die Bewertung der Erweiterungsfortschritte bei den offiziellen und potenziellen Kandidaten sind die laufenden Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission.²⁴

Der Schwerpunkt meiner Ausführungen wird liegen auf den Erfahrungen, Erfolgen und Problemen, welche die EU in den vergangenen und laufenden Erweiterungsrounds in Mittel- und Südosteuropa machte und macht. Sie bestimmen vorrangig die Diskussion

²³ Eine erfreulich objektive Bestandsaufnahme leistet die *Unabhängige Türkei-Kommission*, Die Türkei in Europa. Den Teufelskreis durchbrechen. Zweiter Bericht der Unabhängigen Türkei-Kommission, September 2009.

²⁴ Zuletzt: *Commission of the European Communities*, Turkey 2008 Progress Report, Brussels, 5.11.2008.

um die Erweiterungsfähigkeit der EU bzw. sind wichtige Bestimmungsfaktoren der grassierenden „Erweiterungsmüdigkeit“.

Erweiterungsfähigkeit als Voraussetzung der Erweiterung ?²⁵

Der am 3. Oktober 2005 paraphierte Verhandlungsrahmen zwischen der EU und der Türkei kann mit Recht als Wendepunkt in der Erweiterungspolitik der EU gesehen werden. Erstmals wird der Beitritt eines Landes unter gravierende Vorbehalte gestellt. So können für die Eröffnung einzelner Beitrittskapitel seitens der EU-Kommission sogenannte *Benchmarks* festgelegt werden, Mindestanforderungen, die der Kandidat vor Beginn oder Abschluss eines Kapitels erfüllen muss. Noch in der Beitrittsphase können Übergangszeiten, Ausnahmeregelungen, spezifische Vereinbarungen oder dauerhafte Schutzklauseln erlassen werden.²⁶ Die institutionelle Aufnahmekapazität der Europäischen Union selbst wird zudem erstmals explizit als Voraussetzung für einen Beitritt formuliert. Damit wird die Erweiterungsfähigkeit der EU sowohl im institutionellen als auch im finanziellen Sinne zu einem wichtigen Gradmesser für die Aufnahme der Türkei.

Wie aber steht es um diese Erweiterungsfähigkeit? Bekanntlich hat der allseits als notwendig erachtete Reformprozess der EU bislang massive Rückschläge erhalten. Im Mai/Juni 2005 brachten die Bürger in Frankreich und den Niederlanden in Referenden den Europäischen Verfassungsvertrag zum Scheitern, ein Ereignis, das bei den tatsächlichen und potenziellen Kandidatenländern zu Recht einen Schock auslöste. Nach einer selbstverordneten „Reflexionsphase“ wurde dann in qualvollen Verhandlungen der Lissabonner Vertrag ausgehandelt. Ob er nach der Ablehnung durch das Referendum in Irland am Ende doch noch ratifiziert wird, ist bislang fraglich. Er könnte noch am polnischen Präsidenten Lech Kaczynski, an einem erneut im Herbst 2008 in Irland in Aussicht gestellten Re-

²⁵ Siehe hierzu Cemal Karakas, EU – Türkei: Abgestufte Integration als Alternative zur Vollmitgliedschaft? In: Südosteuropa Mitteilungen 2/2007, S. 4-19. Barbara Lippert, Die Türkei als Sonderfall und Wendepunkt der klassischen EU-Erweiterungspolitik. In: Integration 2/2005, S. 121-135.

²⁶ Karakas, a.a.O., S. 8.

ferendum oder aber am deutschen Bundesverfassungsgericht scheitern.

Bezüglich der Frage, ob ein eventuelles Scheitern des Lissabonner Vertrages ein Ende des EU-Erweiterungsprozesses bedeuten würde, herrscht Uneinigkeit. Jedenfalls hat sich EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn bei der Präsentation der EU-Fortschrittsberichte Anfang November 2008 deutlich gegen die Erweiterungsmüdigkeit in der EU ausgesprochen. „Die Erweiterung ist nicht das Problem, sondern die Lösung vieler Probleme“ sagte Rehn.²⁷ Die Erweiterung, so das aktuelle Strategiepapier der Europäischen Kommission²⁸, sei eines der mächtigsten politischen Instrumente der EU. Sie diene den Sicherheitsinteressen, spiele eine wichtige Rolle bei der Energiesicherheit und stärke die EU als globalen Akteur.

Insbesondere die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und der Niederlande beharren im Gegensatz zu Rehn auf dem Standpunkt, dass ohne den Lissabon-Vertrag keine weiteren Länder aufgenommen werden können, auch nicht Kroatien. Dies wurde bei einem Treffen der EU-Außenminister im böhmischen Schloss Frauenberg Ende März 2009 deutlich. Die Außenminister Tschechiens, Großbritanniens, Finnlands und Schwedens widersprachen dort dieser Auffassung. Sie bezogen sich dabei aber insbesondere auf den westlichen Balkan, wo, so der finnische Außenminister Stubbe, eine Verlangsamung der Erweiterung zu nationalistischen Reaktionen und Gewalt führen könne.²⁹ Die deutsche CDU fordert in ihrem Europawahlprogramm eine „Konsolidierungsphase“ in der EU – nur noch Kroatien soll aufgenommen werden. Sie sieht sich damit auf einer Linie mit den maßgeblichen konservativen Kräften in vielen

²⁷ „Verhaltenes Lob für Ankara“, *Cornelia Bolesch*, *Süddeutsche Zeitung*, 6. Nov. 2008, S. 13. Vgl. auch: *Europäische Kommission, Generaldirektion Erweiterung*, Wissenswertes über die EU-Erweiterung, Brüssel, März 2009.

²⁸ *Commission of the European Communities, Enlargement Strategy and Main Challenges 2008-2009*, Brussels, 5.11.2008.

²⁹ „Tschechien gefährdet EU-Reform“, *Martin Winter*, *Süddeutsche Zeitung*, 30. März 2009, S. 7; „Düstere Gedanken in malerischer Umgebung“, *Nikolaus Busse*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. März 2009, S. 2.

EU-Staaten. Diese sind sich einig, besonders in ihrer Skepsis gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei.

Über ideologische Differenzen und Staatsgrenzen hinaus besteht allerdings weitgehender Konsens darüber, dass die Entscheidungsfähigkeit einer EU der „27 plus x“ massiv beeinträchtigt ist, sollte es zu keiner institutionellen Reform kommen. Noch mehr als die Länder des westlichen Balkan muss die Türkei jedenfalls fürchten, langfristig vor den Toren eines Hauses bleiben zu müssen, das sich in chronischer Unordnung befindet. Umgekehrt würde der Vertrag von Lissabon die Entscheidungsbildung in der Union erleichtern, etwa durch eine größere Zahl von Mehrheitsentscheidungen oder die gestärkte Position des Kommissionspräsidenten.

Erfahrungen mit den Beitrittsrunden von 2004 und 2007 und im westlichen Balkan

Ohne Zweifel haben die sogenannten Ost-Erweiterungen von 2004 und 2007 von 15 auf 27 Mitglieder den bestehenden (oder jedenfalls so wahrgenommenen) Notstand mit verursacht. Manchen Beobachtern erscheinen die Ratssitzungen in Brüssel mit ihren Herscharen von Ministern, Beamten und Übersetzern wie eine „demokratische Hölle“, wie es jüngst ein deutscher Journalist ausdrückte.³⁰ Abgesehen von den institutionellen Problemen muss die Bilanz der letzten Erweiterungen aber überwiegend positiv gesehen werden. Nach den Jahren der Trennung und Isolation hinter dem eisernen Vorhang wurde mit dem Beitritt der mittel- und südosteuropäischen Staaten die Vision eines friedlichen und prosperierenden Europas entscheidend weiter gebracht. Die neuen Mitglieder vollzogen insbesondere einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufholprozess, der nun freilich durch die globale Finanzkrise gebremst wird.

Von der europäischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden auch die umfassenden Anstrengungen beim Wiederaufbau und

³⁰ „Europa braucht eine Wachstums-Pause“, *Thomas Kirchner*, Süddeutsche Zeitung, 29. April 2009, S. 4.

der Friedenssicherung, welche die EU in den Staaten des westlichen Balkan leistet. Im November 2000 wurde auf dem EU-Gipfel in Zagreb der sogenannte „Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess“ (SAP) aus der Taufe gehoben. Motiv für diesen Prozess war vor allem die Kosovo-Krise von 1999 und die Ohnmacht Europas, die Eskalation dieser Krise zu verhindern. Der EU-Gipfel von Thessaloniki im Juni 2003 sandte ein wichtiges Signal an die Westbalkan-Länder: die Zusicherung, später als Mitglieder der EU willkommen zu sein. Diese Zusicherung wurde später im Grundsatz immer wieder bekräftigt. Der SAP zielt auf eine graduelle Heranführung an die Mitgliedschaft, eine von Land zu Land spezifische Umsetzung der Kopenhagen-Kriterien und der EU-Konditionalität.

Bedeutendes Etappenziel ist die Unterzeichnung sogenannter Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA). Dieses Ziel haben zuletzt Serbien und Bosnien-Herzegowina erreicht, weshalb heute alle Staaten des westlichen Balkans – abgesehen vom Kosovo – über ein solches Abkommen mit der EU verfügen. Kroatien und Mazedonien sind – wie erwähnt – bereits Beitrittskandidaten und vor allem mit Kroatien schreiten die Beitrittsverhandlungen relativ zügig voran.

Das Engagement im westlichen Balkan zeigt in der betroffenen Region überwiegend günstige Folgen: Nach den Zerfallskriegen des ehemaligen Jugoslawiens herrscht dort weitgehende Ruhe. Auch wirtschaftlich ging es steil bergauf. Die gesamte Region zeigte seit 2000, bis zur Finanzkrise 2008, ein durchschnittliches jährliches Wachstum des realen BIP von 6% und zog beachtliche ausländische Direktinvestitionen an. Der SAP unterstützte außerdem den Prozess der Demokratisierung und Festigung rechtsstaatlicher Institutionen.³¹ In Serbien führte die dem Land gebotene EU-Perspektive im Mai 2008 sogar zur Ablösung einer Koalition aus Europaskeptikern und nationalistischen Radikalen durch eine europaorientierte Regierung.

Hinter diesen Erfolgen verbirgt sich ein bislang beispielloser Engagement der EU: Sie stellt dort nicht nur Finanzmittel im Rahmen

³¹ Kirk Mildner, Der westliche Balkan in den Fängen der Finanzkrise. In: Südosteuropa Mitteilungen 2/2009, S. 6-15.

des „Instrument of Pre-Accession“ zur Verfügung (2007-2009 knapp 4 Mrd. Euro, gemeinsam mit der Türkei). Hinzu kam auch ein graduell wachsendes Engagement im Bereich der militärischen und polizeilichen Friedenssicherung in Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Kosovo.

Besonders intensiv ist das Engagement im Kosovo. Dort hat die EU die Zusage getroffen, nach der am 17.2.2008 erklärten Unabhängigkeit die zentrale Verantwortung für die Umsetzung einer neuen auf multiethnischen Gesichtspunkten basierenden Verfassung, erarbeitet vom finnischen Vermittler Martti Ahtisaari, zu übernehmen. Dazu soll eine sogenannte Rechtsstaatsmission namens EULEX mit ca. 2.200 Experten entsandt werden. Bei näherer Betrachtung befindet sich die EU im Kosovo allerdings in einem Dilemma, das zu einer schweren Belastung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geworden ist: Die Rechtmäßigkeit der Unabhängigkeitserklärung der früheren serbischen Provinz bleibt auch zwischen den Mitgliedern der EU umstritten. Bis heute verweigern fünf EU-Staaten die Anerkennung der Selbständigkeit des Kosovo. Dem Anspruch Russlands, das die fortgesetzte Zuständigkeit der UN für das Kosovo fordert, kann die EU somit nicht einmal mit einer einheitlichen Position entgegentreten. Die Folge ist unter anderem, dass der junge Staat in einem Kompetenzwirrwarr aus konkurrierenden Zuständigkeiten gefangen bleibt. Ein Beobachter hat Kosovo jüngst als *fuzzy state* bezeichnet, ein Staat mit unklaren Grenzen, mehreren Jurisdiktionen und zu vielen internationalen Akteuren.³²

Bei der Integration der Staaten des westlichen Balkans, mit insgesamt nicht ganz 20 Mio. Einwohnern, sieht sich die EU – bei allen genannten Erfolgen – aktuell vor einer Reihe schwieriger Probleme. Hier seien nur einige genannt:

1. Nicht nur der Kosovo, sondern auch Bosnien-Herzegowina ist weit davon entfernt, funktionierende Staatswesen zu sein. Beide arbeiten allenfalls als Protektorate der Internationalen Gemeinschaft.

³² Andreas Ernst, Kosovo: Divide et libera! Vorschlag zu einem Tauschhandel in der Kosovo-Frage. In: Südosteuropa Mitteilungen 4/2008, S. 6-15.

Die Bereitschaft in den EU-Staaten, solche dysfunktionalen Gebilde in ihrer Mitte aufzunehmen, hält sich in Grenzen.

2. Die Integrationsdynamik wird blockiert durch Nachbarschaftsstreitigkeiten. So blockiert Slowenien wegen territorialer Uneinigkeit den Beitrittsprozess des Nachbarn Kroatien. Griechenland verhindert die Annäherung Mazedoniens an EU und NATO wegen des Streits um den Staatsnamen der früheren jugoslawischen Republik.

3. Die Finanzkrise hat auch die Beitrittskandidaten im westlichen Balkan getroffen und beeinträchtigt massiv deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als ein wichtiges Kriterium für die Beitrittsfähigkeit.

4. Man nimmt die nach dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens anhaltenden Probleme u.a. bei Justizreform, Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität zunehmend als einen Sündenfall der EU wahr. Es wächst die Überzeugung, man habe diese Länder frühzeitig in die Union aufgenommen.

5. Das überaus selbstbewusste und teils europaskeptische Auftreten einiger Staats- und Regierungschefs der neuen Mitgliedsstaaten hat die Bereitschaft zu weiteren Erweiterungsschritten vielerorts gedämpft. Ähnliches gilt für das Aufkommen populistischer Parteien in diesen Ländern nach deren Beitritt; Parteien, die sich zum Teil mit einer europakritischen und nationalistischen Rhetorik hervortun.

Dies sind nur einige der Faktoren, die zu der diagnostizierten „Beitrittsmüdigkeit“ der EU beitragen, die aber gleichwohl die Erweiterungseuphorie allgemein beeinträchtigen. Sie führen zugleich dazu, dass bei künftigen Beitritten eine strengere Konditionalität angesetzt wird. Die Erschwernisse im Verhandlungsrahmen EU – Türkei reflektieren bereits Erfahrungen der EU mit früheren Beitritten, insbesondere mit Bulgarien und Rumänien.

Die Beitrittsperspektiven der Türkei

Die Türkei sieht sich heute in ihrem Beitrittsbestreben mit einer unklaren Perspektive konfrontiert. In der Präferenz fast aller politischen Akteure der EU steht sie hinter den Staaten des westlichen

Balkans. Die Türkei sieht sich einem Spektrum von Stimmen gegenüber, das von Ermutigung für den weiteren Reformprozess und Anerkennung für die positive außenpolitische Rolle des Landes über Desinteresse, alternative Angebote zur Mitgliedschaft („Privilegierte Partnerschaft“) bis hin zu klarer Ablehnung reicht. Die juristischen Hürden zur Erreichung des Beitrittsziels scheinen erheblich, wenn man bedenkt, dass am Ende alle nationalen Parlamente der EU, das Europäische Parlament sowie (zumindest) die Bürger Frankreichs dem türkischen Beitritt zustimmen müssen. Allein zur Aufhebung der Blockade von acht Verhandlungskapiteln seit dem Dezember 2006 wäre die Türkei zu einem innenpolitisch sehr schmerzhaften historischen Schritt gegenüber der Republik Zypern gezwungen. Lang ist die Liste der von der EU geforderten gesetzgeberischen Schritte, unter anderem in der Kurden- und Armenierfrage, dem allgemeinen Minderheitenschutz, der Zivilisierung der Rolle des Militärs, bei der Verbesserung der Meinungsfreiheit und im Verhältnis zu Zypern.³³ Die konsequente Umsetzung dieser Reformschritte würde nicht zuletzt „Öl ins Feuer des Kulturkampfes gießen“, der, so der Türkei-Kenner Heinz Kramer, zwischen der regierenden AKP und den Anhängern der kemalistischen Staatsideologie geführt wird.³⁴ Die EU, so kann man dem letzten Fortschrittsbericht entnehmen, kritisiert einerseits ein Nachlassen der Reformdynamik („Stillstand bei wichtigen Reformen“) der Jahre 2002 – 2005 und die Hinwendung zu einer stärker religiös-konservativen und national orientierten Agenda.³⁵ Lob spendet die EU dagegen für die konstruktive Rolle in der Außenpolitik, wie etwa beim Krieg in Georgien und bei den Auseinandersetzungen um das Atomprogramm des Iran.³⁶ Ohne Zweifel ist das außenpolitische Ansehen der

³³ Zum Katalog der EU-Forderungen siehe *Europäische Gemeinschaften*, Beschluss des Rates vom 18. Februar 2008 über die Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit der Republik Türkei und zur Aufhebung des Beschlusses 2006/35/EG. In: Amtsblatt der Europäischen Union, L 051, 26.2.2008.

³⁴ Heinz Kramer, *Türkische Turbulenzen: der andauernde Kulturkampf um die „richtige“ Republik*. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, März 2009 (= SWP-Studie).

³⁵ *Commission of the European Communities*, Turkey 2008 Progress Report, Brussels, 5.11.2008.

³⁶ „Verhaltenes Lob für Ankara“, Cornelia Bolesch, *Süddeutsche Zeitung*, 6. Nov.

Türkei in jüngster Zeit enorm gewachsen – das belegt etwa der Besuch Barack Obamas und sein Apell an die EU zu einer raschen Integration der Türkei, aber auch die jüngsten Initiativen der Türkei gegenüber Armenien. Die EU, so der schon zitierte Heinz Kramer, sei bereits jetzt in der Prioritätenliste der türkischen Außenpolitik hinter die Festigung der eigenen Position als regionaler Akteur zurückgefallen.³⁷

Jüngste Gesten der Regierung Erdoğan gegenüber der EU scheinen jedoch zu belegen, dass diese weiterhin hohe Priorität in Ankara genießt. Dazu gehört die Ernennung eines Staatsministers für EU-Beziehungen im Januar 2009, der mit der Leitung der Beitrittsverhandlungen betraut wurde.³⁸

Die Europäische Union hat ein gutes Recht, von der Türkei eine weitere entschlossene Umsetzung von Reformen zu fordern, so lange die Beitrittsperspektive glaubhaft bleibt. Politiker in Brüssel und in den europäischen Hauptstädten sollten sich dabei der Vorteile bewusst sein, die ein offenes Zugehen auf einen zunehmend bedeutsamen wie positiv wirkenden Akteur haben kann. Nicht zufällig ist der Hauptaktionsraum der aktuellen türkischen Außenpolitik teilweise identisch mit dem Bezugsraum der jüngst begründeten „Östlichen Partnerschaft“ der EU. Es handelt sich um einen Raum, dem sowohl in der künftigen globalen Sicherheitsarchitektur wie auch der Energieversorgung Europas eine bedeutende Rolle zufällt.

Ohne Zweifel: die Türkei gewinnt für die Europäische Union zunehmend an Attraktivität, solange sie ihre Reformen im Inneren entschlossen vorantreibt und in der Außenpolitik ihre wichtige Brückenfunktion wahrnimmt. Wie das Verhältnis EU – Türkei in der Zukunft konkret aussehen wird, bleibt indessen eine offene Frage, trotz der Zusicherungen der EU bezüglich einer klaren Mitgliedsperspektive der Türkei. Dieser Beitrag hat versucht zu zeigen, wie komplex die Frage der Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union sich aktuell darstellt; belastet von einer Fülle von Erfah-

2008, S. 13.

³⁷ Kramer, a.a.O., S. 33f.

³⁸ Ebd., S. 34.

rungen, Problemen und Diskursen, deren Ausgang für die EU ebenso wichtig erscheint wie für die Türkei.

Halûk Kabaalioglu: Ich danke auch Ihnen, Herr Dr. Brey, ganz herzlich für Ihren Beitrag und möchte an dieser Stelle noch auf einige Punkte hinweisen. Es war der Präsident der Europäischen Gemeinschaft (EWG), Prof. Walter Hallstein, der bei der Unterzeichnungszeremonie des Assoziationsabkommens im Jahre 1963 in Ankara gesagt hat, dass die Türkei durch dieses Abkommen zum untrennbaren Teil Europas geworden ist. Ziel dieses Abkommens war und ist die türkische Vollmitgliedschaft in der Gemeinschaft. Lassen Sie uns hier noch einmal Artikel 28 des Assoziationsabkommens in Erinnerung rufen: „Sobald das Funktionieren des Abkommens es gestattet, dass die Türkei die Verpflichtungen aus dem Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft vollständig übernimmt, werden die Vertragsparteien die Möglichkeit eines Beitritts der Türkei zur Gemeinschaft prüfen.“

Insbesondere hervorheben möchte ich, dass die Zollunion, von der wir hier schon so viel zu hören bekommen haben und in den nächsten Sitzungen sicher noch hören werden, gerade auch aufgrund dieses Assoziationsabkommens ins Leben gerufen worden ist. Das Pro-Kopf-Einkommen in der Türkei wuchs seit diesem Beschluss sehr schnell und überschreitet heute die 10.000\$-Grenze. Damit belegt sie heute Platz 16 in der Rangliste der weltweiten Volkswirtschaften und ist somit auf dem besten Weg ein adäquaten und vor allem profitablen Partner für die EU zu stellen. Die Aussicht auf Vollmitgliedschaft und die erfolgreiche Umsetzung der Zollunion haben seitdem mehr Investitionseifer auf dem türkischen Privat- und Staatssektor, aber gerade auch seitens ausländischen Kapitals – vornehmlich aus EU-Staaten – zur Folge.

Heute hören wir leider immer mehr Argumente gegen die türkische EU-Mitgliedschaft, und dass obwohl wir uns mitten im Prozess der Beitrittsverhandlungen befinden. Man sagt, die Türkei sei zu groß. Die Türkei erstreckte sich bei der Unterzeichnung des Assoziationsabkommen 1963 auf das gleiche Staatsgebiet wie heute.

Man sagt, die Türkei sei kein europäischer Staat. Doch nur europäische Staaten können sich überhaupt um eine EU-Mitgliedschaft bewerben und in der Vergangenheit wurden tatsächlich Anträge von Staaten abgelehnt, die diesem Kriterium nicht entsprochen haben. Man argumentiert auch, dass die Türkei ein islamisches Land sei. Damals – bei der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens – wie heute hängt die türkische Bevölkerung größtenteils dem islamischen Glauben an. Auch damals wie heute waren oder sind wir nicht mehr oder weniger christlich.

Ich möchte hier auch noch einmal erinnern, dass die EU in ihrer Selbstdarstellung darauf besteht, kein so genannter christlicher Klub zu sein, sondern vielmehr eine Wertegemeinschaft. Ihre Werte haben zudem einen universellen Anspruch. Dazu gehören unter anderem die Gewähr institutioneller Stabilität, eine demokratische wie rechtsstaatliche Ordnung und insbesondere die Wahrung der Menschenrechte. Mit ihren Bemühungen um die EU-Mitgliedschaft zeigt die Türkei, dass sie bereit ist, diese Werte mit den anderen Unionsländern zu teilen und hat viel daran gesetzt, vor allem den politischen Kriterien von Kopenhagen gerecht zu werden.

Dieses Ziel verfolgt sie auch weiterhin und ihr Bestreben wurde von den EU-Staaten beim Gipfeltreffen des Europäischen Rates im Dezember 2004 mit der Zustimmung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen belohnt. Seit Oktober 2005 sind diese nun im Gange, werden jedoch zunehmend durch das ad hoc Aufstellen neuer Spielregeln behindert, die den Grundsätzen des eigentlichen Beitrittsverfahrens widersprechen und deutlich machen, dass die Türkei als Kandidat gemessen an anderen Bewerberländern keine gleichberechtigte Behandlung erfährt. Hinzu kommt, dass die EU anstatt der Vollmitgliedschaft neuerdings solche Integrationsmodelle vorschlägt wie das der sogenannten „Privilegierten Partnerschaft“, ohne dafür selbst eine konkrete Definition parat zu haben. Die Entscheidung darüber, inwieweit hier von Aufrichtigkeit und Fairness der Türkei gegenüber gesprochen werden kann, überlasse ich Ihnen, sehr verehrte Gäste.

Aus Zeitmangel möchte ich die Sitzung an dieser Stelle beenden und danke Ihnen allen noch einmal für Ihr Interesse an diesem Po-

dium. Ihre Fragen sollen jedoch nicht unbeantwortet bleiben, weshalb ich Sie nun einlade, diese in der sich jetzt anschließenden Pause zu stellen und den Dialog in persönlichen Gesprächen fortzusetzen.



MARMARA
ÜNİVERSİTESİ